

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Donnerstag, 2. Februar 1922

Der Kampf der Eisenbahner.

Die Sozialdemokraten verraten das Koalitionsrecht — Der DGB sabotiert den Streik — Cipo und Studentenwehr als Wahnsinn — Gemeine Hege des Bürgertums und der Sozialdemokraten gegen die Eisenbahner.

Der Eisenbahnstreik beschlossen.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ hat die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten beschlossen, in der Nacht zum 2. Februar in den Streik einzutreten.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter ist festgeblieben. Die Reichsregierung hat das am 1. Februar abgegebene Ultimatum mit Spott und Hohn beantwortet. In brutalem Kasernenhohn hat der republikanische Reichsverkehrsminister das Streikrecht der Eisenbahnbeamten stranguliert. General Groener hat mit seinem Ullas den gleichen Verfassungbruch begangen, wie Ebert bei der Einsetzung der Ausnahmeverordnungen. In der Verfassung wird allen Beamten ausdrücklich die „Berechtigungsfrist“ zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zugesichert.

Ist also der diktatorische Ullas Groeners ein Schlag gegen die Koalitionsfreiheit, so ist das innerhalb 24 Stunden zur Erledigung zu bringende

Notgesetz gegen das Streikrecht der Beamten

eine solch ungeheuerliche Vergewaltigung, daß die gesamte Arbeiterschaft Sturm dagegen laufen muß.

Wir weisen schon gestern darauf hin, daß den Vorstandsmitgliedern der RDE das Urlaubsrecht für Sitzungen genommen wurde. Heute hat der Reichspostminister Diesbarts, früherer katholischer Arbeiterführer, sämtlichen Postanstalten die Anweisung gegeben, Telegramme, die zum Streik der Eisenbahner auffordern, nicht zu befördern.

Die Führer der RDE müssen sich schon jetzt verborgen halten, weil die Spürhunde der Radbruch-Justiz hinter ihnen her sind.

Groener kündigt schon an, mit welcher brutalen Mittelern der Streik der Eisenbahner niederschlagen, wie er den Verlehrs aufrecht erhalten will. Schuppolizei und von deutsch-nationalen Studenten gebildeter Bahnschutz soll die Streikbrecher beschützen. Pensionierte Beamte aller Rangstufen sollen zur Bedienung der Lokomotiven herangezogen werden.

Schuppolizei und deutsch-nationale Studenten, Zwangsgesetz gegen den Streik, Postsperrung und Verhaftung der Führer —

Diese Maßnahmen ergreift die Regierung einer auf den Schultern der Arbeiter emporgestiegenen demokratischen Republik; diese brutalen Maßnahmen werden ausdrücklich gebilligt und unterstützt von den

Vertretern des ADGB und der Sozialdemokraten in der Regierung.

Im Hauptausschuß des Reichstages versuchte die Regierung nochmals alle ihre Maßnahmen zu verteidigen. Der Vertreter der Regierung wies darauf hin, daß die Bewilligung der Eisenbahnerforderungen den ganzen Staat über den Haufen werfe. Die Regierung werde aber „notwendensmäßig“, wie besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen durch Wirtschaftsdiktanden in besonders teuren Dingen abgeholfen werden kann.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken stellte als besonders gemeingefährlich hin, daß die RDE schon vor Ablauf des Ultimatums Vorbereitungen für den Streik getroffen habe. Die 50-60 Milliarden für Beamtenbesoldungserhöhung könne keine Partei verantworten. Bizekanzler Bauer, der Vertreter der freien Gewerkschaften in der Regierung, betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. In Erklärungen, die seitens des Reichsverkehrsministeriums und der Reichsregierung zu der Eisenbahnerbewegung veröffentlicht wurden, sei jede proletarische Wendung vermieden worden. Selbstverständlich sei aber eine energische Forderung gerade zum besten der Beamtschaft notwendig gewesen, damit die Mehrzahl der Beamten weiß, daß sie von der Streikleitung im Unglück getrieben werde. Der Bizekanzler unterließ nicht die Ausführungen des Reichsverkehrsministeriums, daß die Streikleitung noch vor dem Streik mit den Verhandlungen zwischen der Eisenbahnerzeitung und der Reichsregierung über eine Einigung erzielt werden kann. Jeder Verhandlung muß sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter mühen sich gegen ein solches Ultimatum auf das Koalitionsrecht berufen, wenn eine solche verabschiedungsmäßige Tat die Bedingung zum Recht und hundertfachen Unglück der beteiligten

Beamten ausgeschlagen könne, und die infolgedessen auch die Gesamtheit des deutschen werktätigen Volkes schädige. Aus diesen Gründen müsse die Reichsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den ihr aufgezwungenen Kampf ausfechten.

Es ist in der Tat eine Schande für die deutsche freigezwungene Arbeiterbewegung, daß ihre Vertreter in der Regierung einen berüchtigten brutalen Ton anschlagen können, der in nichts den Ausschüssen reaktionärer Kapitalisten oder wilhelminischer Minister nachsteht.

Aus lauter Liebe zur kapitalistischen Gesellschaft, aus Furcht dieses unterminierten Gebäude könne zusammenstürzen, wenn den gerechten Forderungen der Arbeiter und Beamten entsprochen wird, verraten die Bürokraten des ADGB, die Sozialdemokraten und ihre Minister-Führer nach und nach alle Rechte des arbeitenden Volkes.

Nicht genug damit, daß die Sozialdemokraten die Erfassung der Sachverhalte grundsätzlich haben fallen lassen, daß der ADGB, der von den Arbeitern immer wieder geforderten Durchführung der 10 Punkte den größten Widerstand entgegensetzt; die Vertreter des arbeitenden Volkes bestreiten mit jüdischer Brutalität den Arbeitern und Beamten des Reiches ein Recht, für das sie selber selbst gekämpft haben.

Sie, die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaftler bestreiten aber auch den von ihnen vertretenen Arbeitern, einen Kampf zu führen um einen Ausgleich der durch die brutale Steuerpolitik ungeheuer gestiegenen Lebenskosten herbeizuführen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, der durch seine Verbindung mit dem ADGB ebenfalls gewillt ist, der Regierung keine Schwierigkeiten zu machen, wird durch seine wirtschaftsfriedliche Tätigkeit bald die Gründe seines Mitgliederchwundes erfahren. Für eine „Kampforganisation“, die sich von der „neutralen“ RDE in den Schatten stellen lassen muß ist es Zeit, daß sie ihre, von der Unterstützung der widerwärtigen kapitalistischen Gesellschaft durchdrungenen Führer zum Teufel jagt.

Was nützt die Erklärung des DGB, daß sie ihre Mitglieder anweisen werde, keine Streikarbeit zu leisten.

Das brutale Vorgehen der Regierung, der Raub des Streikrechts, die Androhung der Arbeitszeitverlängerung auf 18 Stunden, die Entlassung von vorläufig 30 000 Eisenbahnern, die Ablehnung der geringfügigen Gehalts- oder Lohnerhöhung muß die Eisenbahner von unten bis oben in ganz Deutschland auf die Schanzen bringen.

Geschlossen und mit ganzer Kraft muß das gesamte Proletariat der Regierung beweisen, daß es nicht mehr das Proletariat von 1914 ist.

Gegen die brutalen Maßnahmen des General Groener, gegen die Entmenschlichung der Reichsbeamten, gegen die übliche Verleumdung der arbeitenden Bevölkerung hilft nur einheitlicher, geschlossener Kampf auf der Basis der 10 Forderungen des ADGB.

Die Breslauer Eisenbahndirektion zum Streik.

Die Eisenbahndirektion Breslau hat sich ebenfalls bewegen gefühlt eine vorläufige Erklärung zum Kampf der Eisenbahner abzugeben.

Ganz im Tone seines Minister-General erklärt der Eisenbahndirektor, sich über alle verfassungsmäßigen Rechte hinwegsetzend, daß der Beamtenstand das Recht zum Streik unbedingt abgesprochen werden muß. Er habe in lebenswichtigen Dienstverhältnissen, dessen Fortbestand durch besondere gesetzliche Schutzvorschriften gegen ungesetzliche einseitige Lösung gesichert ist, und kann daher auch über die Arbeitsleistung nicht verweigern. Das ist von zahlreicher Seite schon oft ausgesprochen worden, daß bei dem ruhigen Verhalten kein Zweifel mehr an der Unmöglichkeit des Streikrechts besteht.

Wenn der Eisenbahndirektor die Beamten vor den Folgen eines Streiks für sich und ihre Familien warnt, wenn er ferner andröhrt, gegen Streikposten strafrechtlich vorzugehen, dann werden ihm die Eisenbahner und die gesamte Arbeiterschaft, die dem Raub des Streikrechts nicht ohne Widerstand anstehen, beweisen, daß sie gekämpft haben und kämpfen werden.

Die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands.

Von Georges Sakhoff (Moskau)

Falls es keine blühende Ökonomie gibt, die in den Händen der Bauernwirtschaft zu liegen, gibt es keinen anderen Ausweg für den Bund zwischen den Arbeitern und Bauern, als den Wandel.

So sprach Genosse Lenin auf dem IX. Kongreß der Sowjets, und darin liegt der Grundgedanke unserer neuen wirtschaftlichen Politik. Hebung der Produktionskräfte und Hebung der Landwirtschaft in erster Linie — das ist deren Hauptaufgabe. Solange wir nicht imstande sind, dies mit Hilfe der Großindustrie, die durch den imperialistischen und Bürgerkrieg stark gelitten hat, zu erreichen, gibt es bloß einen Ausweg — es mit Hilfe des Handels zu erreichen, der neue Kräfte der Kleinbauernwirtschaft zuzuführen würde. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint dies sehr merkwürdig. Wir müssen aber in Betracht ziehen, daß im Jahre 1920 25% fruchtbarer Boden nicht bearbeitet wurden. Es veränderte sich das Kräfteverhältnis zwischen der Groß- und Hausindustrie: im Frühjahr 1921 sank die Großindustrie bis zu ein Fünftel der Friedenszeit — in Friedenszeiten war der Ertrag der Großindustrie viermal größer, als derjenige der Hausindustrie — und derzeit beträgt die Produktion der Kleinindustrie und des Gewerbes etwa 1/3 bis 1/4 der ganzen Produktion des Landes. Unter dem Einfluß der Lasten des Bürgerkrieges sank die kleine Bauernwirtschaft bis zur primitiven Naturalwirtschaft. Falls derselben nicht aus diesem Zustande geholfen wird, ist es unmöglich, die Vrotproduktion zu erhöhen. Das einzige Mittel ist, den Bauern in den Handelskreis hineinzuziehen. Die Industrie kann ohne Brot nicht leben und Holzspanmaterialien liefert ebenfalls der Bauer. Dies bedeutet, daß er materiell an der Hebung der Landwirtschaft interessiert werden muß. Der Handel kann ohne Waren sich nicht entwickeln. Diese Waren müssen teilweise durch die Kleinindustrie, teils durch die staatliche Großindustrie, und teils durch den Außenhandel geliefert werden. Der Proletariat, der sich auf die Großindustrie und den Transport stützt, die Staatsbank und den Außenhandel zur Verfügung hat, muß den Handel organisieren. Der Handel bedingt vor allem einen festen Geldkreis, der bei fortwährender Emission von Papiergeld unmöglich ist. Die Regulierung der Geldzirkulation durch äußerste Einschränkung der Papiergeldemission (Beschluss des IX. Kongresses) ist die erste Hebung, den Markt auf eine feste Basis zu stellen. Dies steht mit einer großemeren Kürzung der Ausgaben des Sowjetstaates selbst in Verbindung, ohne die keine Rede von einer tatsächlichen Durchführung der neuen ökonomischen Politik sein kann. Entwicklung des Außenhandels mit Hilfe der Organisation von gemischten Export- und Importgesellschaften unter Mitwirkung des ausländischen Kapitals — wobei das Monopol des Außenhandels in den Händen der Sowjetregierung bleibt — das ist die zweite Maßnahme, die dem inneren Warenantausch unter Kontrolle der proletarischen Regierung begünstigt sein kann. Irigendwelche Hebung unserer Industrie in letzter Zeit wurde durch die unmittelbare Bedienung des Warenmarktes bedingt. Ohne Warenimport aus dem Ausland kann derselbe weder versorgt noch gedeckt werden. Hebung der Produktion der Großindustrie durch Uebergang zur wirtschaftlichen Koalition und Verkauf eines Teiles der Produkte auf dem freien Marke — ist eine dritte Maßnahme, die die Großindustrie stärken und den inneren Warenantausch entwickeln wird.

Grundlage des Handels ist derzeit der Bauernmarkt. Die Kooperation muß der Bauernschaft die Möglichkeit verschaffen, die der Bauernwirtschaft nötigen Waren zu sichern, damit dieselbe nicht unmittelbar in die Hände der Kapitalisten, Vermittler und Spekulanten fällt. Je größer und bedeutender der Einfluß der proletarischen und halbproletarischen Elemente in den Kooperativen aller Art sein wird, um so leichter wird dies zu verwirklichen sein.

Der Sowjetstaat und das gesamte Proletariat befindet sich derzeit in einer sehr schweren Lage: einerseits muß erstere alles daran setzen, um den Warenantausch zwischen Stadt und Dorf, zwischen Industrie und Landwirtschaft zu heben; andererseits darf nicht zugelassen werden, daß das Privateigentum eine dominierende Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes spielt. Dieser Kampf bietet die besten Chancen, um auf wirtschaftlicher Grundlage geführt werden. Dieser Kampf ist ein Kampf zwischen dem im Grunde organisierten Proletariat und dem Bürokratismus, zur Erlangung des Erfolges aber die Bauernschaft, zur Förderung der Bauernschaft.

In der politischen und ökonomischen Arbeit der Sowjets auf dem Kongreß, gingen wir weiter, als wir es jemals im Verhältnis mit den Bauern gemacht haben. Die Bauernschaft, die wirtschaftlichen Vorteile des politischen Kampfes zu realisieren, die wirtschaftlichen Vorteile des politischen Kampfes zu realisieren, die wirtschaftlichen Vorteile des politischen Kampfes zu realisieren.

revolution um den Bestand Sowjetrußlands selbst ging. Das Resultat des Bürgerkrieges ist die Sowjetmacht, die staatliche Großindustrie und der Boden. Das Privateigentum des Bodens ist abgeschafft. Der Boden kann nicht ein Objekt des Kaufes und Verkaufes sein und folglich keine Konzentration des Kapitals in Privat Händen. Beim neuen wirtschaftlichen Kurse will der Bauer genau wissen, wie groß der Boden ist, der ihm zur Verfügung steht. Diesem Wunsche Rechnung tragend, hat der IX. Kongreß einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Solange die Sowjetmacht besteht, (denn sie ist recht oft begraben worden), wird der Kapitalist keinen Weg zur Bodenspekulation finden können.

Die Großindustrie ist ein zweiter wichtiger Faktor für das Proletariat unter den neuen Bedingungen. Infolge der Herrschaft ist deren Einfluß kleiner geworden, aber sie bleibt noch immer mit Bezug auf das Privatkapital, das die Kleinindustrie und den Handel bedient, tonangebend. Die Monopolstellung des Außenhandels und der Kooperativen, die Staatsaufgaben zu lösen hat — ein dritter Faktor gegen den privatwirtschaftlichen Kapitalismus.

Wie weit ist die Bauernschaft an dem neuen wirtschaftlichen Kurse mit der Arbeiterklasse interessiert? Ein tiefer Ueberblick auf die internationale Lage kann jedermann überzeugen, daß die Sowjetregierung Rußland vor einer Kolonisierung durch die „Großmächte“ nach dem Muster Korea, China oder Indiens rettet. Das Sowjetregime trennt die mittlere Bauernklasse vom habgierigen Appetit des Imperialismus. Jede nichtproletarische Regierung würde infolge ihrer Klassenlage in kürzester Zeit dessen Opfer werden. Jeder weiß, was mit hochentwickelten kapitalistischen Ländern, wie Deutschland, das eine niedrige Valuta hat, geschieht — es wird beraubt und ausverkauft.

Wenn der Bauer als Klasse mit dem Kommunismus nicht sympathisiert, so ist er nichtsdestoweniger an der Wiederherstellung der Großindustrie interessiert, an dem Zustrom von Fabriken ins Dorf in erster Linie. In der besseren Bedingungen als die Sowjetregierung kann ihm dies niemand verschaffen, denn für den ausländischen Kapitalisten ist Rußland ein gewaltiges Rohstoffreservoir, und bei Verträgen mit der Sowjetregierung müssen solche „Größen“ wie die Macht der internationalen Arbeiterklasse in Betracht gezogen werden. In vollem Maße die inneren Widersprüche des Imperialismus ausnützen, kann nur die Sowjetmacht, die überhaupt jedem Imperialismus feindlich gesinnt ist. Das weltwirtschaftliche Gleichgewicht kann ohne Rußland nicht hergestellt werden, und dies veranlaßt die Herren Kapitalisten, mit der ihr verhassten Regierung der proletarischen Diktatur nachzugeben zu sein.

Für den Boden hat der Bauer an den roten Fronten gekämpft. Der Boden kann nur dann in den Händen der Bauern bleiben, wenn auch weiterhin Bauern und Arbeiter die regierende Macht behalten.

Für den Kampf um Dasein muß die Sowjetregierung die Methoden des Staatskapitalismus ausnützen, indem für sie die Macht der Sowjetischen Großindustrie, für die Organisation der Kleinindustrie unter deren Kontrolle und Leitung gekämpft wird. Aber dieser Kampf ist gleichzeitig ein Kampf für die Interessen der Bauernmassen, die unter allen anderen Umständen von den habgierigen vollständig unterjocht werden.

Der Handel unter Staatskontrolle und Leitung im Interesse der allgemeinen Hebung der Produktionskräfte des Landes organisieren, kann nur die Arbeiterklasse und die sich ihr anschließenden halbproletarischen Elemente. Dieses lebende Kapital — der Kern der Sowjetorganisationen, der Helfer der Arbeiterklasse — ist notwendig bei den Handelsoperationen zu verwenden, um die wirtschaftliche Kontrolle über den Markt so zu organisieren, wie dies in der kapitalistischen Gesellschaft durch die Konzerne und Syndikate geschieht.

In der kapitalistischen Gesellschaft sitzen die Konzerne und Syndikate im Konkurrenzkampf des Kapitals, weil sie die organisatorische Uebermacht und die beste Kenntnis des Marktes besitzen, wodurch sie dem gewöhnlichen Kapitalisten überlegen sind. Eine solche Wirtschaftsart auf Grund freier Berechnung und Deonomie müßte nach und nach erlernen. Das ist der Sinn der Erklärung des Genossen Lenin, daß der proletarische Staat ein Großunternehmen werden müsse. Die neue Richtung der Wirtschaftspolitik ist erpfländert und für lange Zeit, aber nicht für immer. Der Uebergang zu höheren Formen der sozialistischen Gesellschaft wird von der Schwelligkeit der Herrschaft der Großindustrie und unserer Siegen auf der Front des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse abhängen.

Politische Uebersicht.

Eisenbahnerstreik und Reparationsfrage.

Die deutsche Eisenbahnerstreik nähert sich ihrem Höhepunkt. Daß gerade die bürgerliche Reichsregierung der Eisenbahnen in der vorderen Linie des Kampfes steht, zeigt, wie hoch bereits die Rolle der Eisenbahnen und Arbeiter gefahren ist. Ihre Aufgabe auf dem Wege der bürgerlichen Presse und auf der Versammlung der reformsozialistischen Bürokraten finden die Eisenbahnen in Aktion, um ihre Kräfte zu zeigen. Es handelt sich bei dieser Bewegung wesentlich nicht um parteipolitische Zwecke, sondern ausschließlich um den wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampf zur Erzeugung von wirtschaftlichen Verbesserungen. Es ist erst die Regierung, die durch ihre brutalen Drohungen den gewerkschaftlichen Kampf zu einem politischen macht. Der Wille des Reichspresidents, der die Herrschaft der Bürokratie des deutschen Imperialismus ausübt, wird so manchen Eisenbahner, der bisher noch schwach, die Augen schloß. Warum ist die Reichsregierung so brutal gegen die Eisenbahnen? Weil sie die von Hilferding verlangte Regierung der Erfüllung ist. Der Fall der Eisenbahnen zeigt jedoch, was es mit dieser Erfüllung auf sich hat. Er zeigt, wie unendlich die Unterdrückung der USA ist, die zwar die Internationalen Wirtschaft, aber kein Imperialismus prüft. Die Macht und Gewalt müßte den Eisenbahnen die Hand an die

Urgel legen, weil sonst das Erfüllungsprogramm von Cannes zerbricht. Das Gleichgewicht im deutschen Staatshaus, das Rathenau dem Obersten Rat versprach, ist nun zu erzielen durch den Hunger der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Jenjenseits der Parteipolitik kämpfen die Eisenbahnbeamten gegen den Rathenau'schen Hunger, gegen die Stinnesaktion, und so kommen sie unbewußt doch zur Politik, zur Politik der Selbstverteidigung der deutschen arbeitenden Massen gegen das verbündete in- und ausländische Kapital.

Für den geschlossenen Klassenkampf des Proletariats und die Eroberung der Macht.

Gegen die rechtssozialistische Koalitionspolitik, für den geschlossenen Klassenkampf des Proletariats, um die Eroberung der Macht, spricht sich ein Aufruf der Zentralleitung und des Parteivats der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus. Die ganze erste Seite der „Freiheit“ vom Sonntag, den 29. Januar, wird von diesem Aufruf ausgefüllt. Obwohl die Leser des unabhängigen Blattes merken, wie sehr im Gegensatz zu der Forderung des einheitlichen Klassenkampfes ihr Blatt von Hilferding und seinem parlamentarisch-journalistischen Handlanger Dr. Herz redigiert wird. Immerhin — wenn die unabhängigen Arbeiter auf dem Posten sind, dann werden die Ziele dieses Aufrufes als eine Etappe im Befreiungskampfe des Gesamtproletariats nicht auf dem Papier stehen bleiben. Ist doch auch dieser Aufruf gegen rechts nur unter dem Druck der Massen gegen widerstrebende diplomatisierende Parteiführer der USA, die lieber eine Einheitsfront gegen die Kommunisten bilden möchten, zustande gekommen. Aber mit dem festen Willen proletarischer Klassenkämpfer marschiert unbegreifbar die Tat.

Die Sowjet-Presse zu Genua. Sowjet-Rußland will keine Reparation von Deutschland.

Die russischen Blätter wenden jetzt ihre Aufmerksamkeit andauernd der kommenden Konferenz von Genua zu. Sie beschäftigen sich jetzt auch mit den Vorschlägen englischer und französischer Zeitungen, Rußland solle den Verfall der Vertragsanerkennen und sich damit den Artikel 116 (Anerkennung des Anspruchs Rußland auf Reparationsleistungen durch Deutschland) zunutze machen. Dieser Gedanke wird von den Blättern aufs schärfste zurückgewiesen. Die Moskauer Prawda schreibt: Sowjetrußland wird niemals den Artikel 116 ausnützen. Es würde sich damit nur bei dem deutschen Proletariat in Verruf bringen. Seinem moralischen Ansehen würde ein schwerer Schlag versetzt. Ähnlich spricht sich auch die „Rote Zeitung“ aus.

Das russische Proletariat duldet keine Verflüssung.

Anlässlich der Wahl der russischen Delegation für die Konferenz in Genua würdigen die russischen Zeitungen die große Bedeutung dieses Tages, der es offenbar gemacht hat, daß nach dreijährigem Bürgerkrieg die Salente gezwungen ist, mit Sowjetrußland Frieden zu schließen. Die „Iswestia“ schreiben: Wenn die Verhandlungen der Entente mit Rußland von dem Geiste getragen sind, auf diesem Wege Sowjetrußland wirtschaftlich zu verflüssigen, wenn die Verhandlungen als Mittel betrachtet werden, Sowjetrußland solche Bedingungen zu diktieren, so muß klar ausgesprochen werden, daß es den Kapitalisten nicht gelingen wird, die durch kriegerische Gefahren und die Diktatur der durchgekommenen Sowjetmacht zu stürzen. Wenn die Sowjetregierungen nicht als gleichberechtigte Partner bei den Verhandlungen angesehen werden, wird die Konferenz die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen.

Rathenau, Reichsminister des Inneren. Reichspräsident Ebert hat Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister des Inneren ernannt. Damit ist ein frommer Wunsch aller Erfüllungspolitik der Streikenden bis Pfingsten in Erfüllung gegangen. Rathenau wird weiter wiedererbauen können — auf Kosten des Proletariats.

Schlesische Rundschau.

Aus der Versammlungstätigkeit.

Landarbeiter-Versammlung in Alt-Ottag.

Bei einem Absterben Genossen wird uns geschrieben: Vergangenen Woche, am 26. Januar, fand in „Alt-Ottag“ eine von uns vorbereitete Landarbeiter-Versammlung statt. Es war dies von uns der erste Versuch in dieser Gegend. Genosse Graf referierte über die Not der Landarbeiter, über den geplanten Streik und die Aufgabe der Land- und Stadtarbeiter, sowie über die Forderung der durch den Krieg entstandenen Schulden. Daß der Referent im Sinne der Anwesenden sprach und daß er es verstand, die heute alle interessierten Fragen richtig zu behandeln, bewies die Aufmerksamkeit der Zuhörer sowie der Parteimitglieder des Ortes.

Der in der ersten Ansprache zu Wort kommende Kreisleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes sagte wahren Genossen in vielen Punkten recht geben. Er gab zu, daß der neue Land der Landarbeiter durchwegs nicht hat, gebildet hat, was er ihnen hätte bringen müssen. Was er betonte, das im Frühjahr der Land- gegen die Forderung von einem einheitlichen Streik, daß er bis zum letzten Ende durchgedrückt hat und zum Streik zu gelangen, an diesem Punkt gehen werden müßte. Die Landarbeiter haben es sich selbst zum Zweck und werden alle ihren zu Schule gehen den Mittel erarbeiten, um bessere Schulbedingungen zu schaffen. Die Versammlung ging nach einem langen Schlußwort des Referenten in heiterer Stimmung auseinander.

Das war die erste landwirtschaftliche Versammlung am Orte. Wir werden das Land weiter besuchen, damit unsere Saat bald aufgeht, damit auch hier der fruchtbringende Kommunismus in das Gedächtnis und ausgeübte Proletariat bringt.

Öffentliche Versammlung in Döhlen.

Am 21. Januar fand hier die Döhlener Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung nach dem „Mittwoch“ abend. Genosse Graf sprach über das Thema: „Der Fall des Krieges“. Die Versammlung wurde größtenteils von SPD-Genossen besucht und interessierte die Zuhörer in den Referat und dem Bericht zum Parteimitglied. In der Diskussion beteiligten sich auch Genossen der Arbeiter- und Bauernvereine sowie auch die

lang. Wir haben hier auch gesamt und mehrere Aufnahmen für die Partei gemacht. Die bürgerliche und SPD-Presse schreibt vom Verfall der SPD; wenn der Zufall so ausfällt, können wir zufrieden sein.

SPD-Versammlung in Mothenbach.

Am 29. Januar fand hier am Orte eine politische Versammlung, einberufen von der SPD, statt, in der der Landtagsabgeordnete Simon über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage und über die Kulturarbeit der SPD sprach. Nichtig schilderte er die politische Lage, die verschärfte Ausbeutung und das Elend breiter Arbeitermassen, die bei angestrengter Arbeit nicht in der Lage sind, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Angesichts dieser Tatsachen besaß der SPD-Mann die Deutlichkeit, den verarmten Arbeitern zu sagen, daß es eine Änderung der Gesellschaftsform, an eine Sozialisierung auf nur dem Wege des Kampfes vorwärts zu denken ist, wenn auf Grund der marxistischen Lehre nicht erst das kapitalistische System die Sozialisierung erreicht haben, damit man zur Sozialisierung schreiten könne. Deshalb sei es auch Pflicht der Betriebsräte, für die Möglichkeit, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu sorgen, was auf gut Deutsch heißt: die Dividende der Aktienbesitzer zu erhöhen, ohne daß der Arbeiter dabei Anspruch auf erhöhte Entlohnung hat. Besonders eiferte sich der Referent, als er über die deutschen Kommunisten und die russische Revolution zu sprechen kam. Er behauptete, daß bei der Oktoberrevolution in Rußland nicht nur die Betriebe und Güter von den Arbeitern und Bauern besetzt wurden, sondern daß die Produktionsstätten einfach aus Hut und Stroh zerstört wurden. Alles das sollte den Verarmten Schrecken einjagen, denn russischen Beispiel nachzuahmen. Zum Schluß seines langen Referats sprach Rektor Simon sehr gut über die Arbeitsschule. Als erster in der freien Ansprache meldete sich unser Genosse Weiswald zu Worte, der eine scharfe Anklage gegen die SPD richtete, die vor dem Kriege etwas anderes gepredigt hat als das, was sie jetzt in die Tat umsetzt. Früher wurde die Befreiung aller indirekten Steuern verlangt — jetzt schließen dieselben Leute das berühmte Steuerkompromiß ab. Es wird Vorbereitung der Bildung gepredigt, und auf dem Betriebsratelernus in Mothenbach wird die Broschüre über „Bewirkung der sozialen Demokratie“ mittels Staatsdruck und Schein-Obliigationen gratis verteilt, in der kein Ton vom Klassenkampf zu lesen ist. Die SPD-Leute wollen durch Verhandeln die Ausbeuter zur Uebergangung bringen, daß es nicht schon sei, die Proleten auszubenten, und berufen sich dabei auf Marx, verhehlen aber, was derselbe Marx in der Broschüre „Klassenkampf und Kapital“ sagt, daß die kapitalistische Entwicklung unüberwindlich zu einem Weltkriege zwischen Ausbeuter und Ausbeuteten führen wird. Auch las Genosse Weiswald einen Brief eines russischen Kommunisten aus Sibirien vor, um zu beweisen, daß der Referent ein ganz falsches Bild von den Massen hat. Als zweiter sprach Genosse Zahn, der die Kameraden aufforderte, sich reger am politischen Leben zu beteiligen, und der die Notwendigkeit der Einheitsfront unter den Arbeitern betonte, denn die Steuerlasten und verschärfte Ausbeutung haben alle gleich zu tragen, ob SPD, ob KPD, ob KDP.

Im Schlußwort versuchte der Referent die Ausführungen unserer Genossen zu entkräften. Auch sagte er, daß die SPD noch nie vor an der Erfüllung der zehn Forderungen des WDR. befehle, was den Verarmten über den Verfall ging, da doch das Steuerkompromiß bereits abgeschlossen ist. Punkt 5 Uhr mußte Schluß gemacht werden, denn die Tanzlustigen stürmten bereits den Saal.

Öffentliche SPD-Versammlung in Marschwitz.

Die öffentliche Volkerversammlung am vergangenen Sonntag mit dem Thema „Not, Elend, Teuerung“, zu dem Genosse Mastowatz sprach, war leider nicht gut besucht. Trotzdem kamen die anwesenden Arbeiter der SPD und KPD voll auf ihre Rechnung, denn der Referent verstand es, in einem 1 1/2 stündigen Referat die Ursachen des allgemeinen Proletariats aufzuzeigen und die Wege, die aus der Not herauszuführen, zu weisen. Besonders die Kritik an dem Steuerkompromiß und der Stinneskoalition war scharf und treffend. Des längeren beschäftigte er sich auch mit der Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront und zeichnete den Weg, der über eine Arbeiterregierung zur völligen Nachausübung durch die proletarische Klasse führen müsse.

In der Diskussion sprachen zwei Genossen, von denen der eine als Jugendlicher vor allem für die Forderungen der kommunistischen Jugend eintrat. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, der kurz die Notwendigkeit und Bedeutung einer Arbeitervereine schilderte und zum Abonnement auf die „Schleif. Arbeiterzeitung“ aufforderte, schloß die Versammlung. Inzwischen hatten sich eine Anzahl „Junger Garden“ ab-

SPD-Versammlung über die Umgestaltung der Schule in Herruprosch.

Am Sonntag hielt der Lehrer K. aus der SPD einen Vortrag über den Ausbau der Schule. Er fand, so weit er auf die weltanschauliche Seite mit ihrer geringen Bergemäßigung der Schule und der Lehrer durch die Kirche und auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen einer weltlichen und einer im Sinne der Kirche und der Reaktion stehenden Schule einging, wirklich treffliche Worte, die Anerkennungswert waren. Nur was die praktische Umgestaltung der Schule in der Gegenwart anbetraf, gab er zu deutlich den Kompromißcharakter der SPD-Landpolitik von sich. So trat er nicht einmal für die völlig weltliche, sondern für die Simultanschule in Herruprosch ein, in der die katholische und evangelische Religion zu gleichen Teilen vertreten sein sollte.

Der Genosse Mastowatz, der nach einem Breslauer Referat in die Diskussion durch längere, grundsätzliche Ausführungen eintritt, konzentrierte sich auf die Zurückweisung der Forderungen des „Herruproscher Ausschusses“, der zwar die Kinder der Arbeiter auf alle Fälle mit seiner Religion füttern wollte, aber durchaus sich nicht darüber aufregte, in seiner christlichen Nächstenliebe, daß die höhere Bildung immer noch abhängig vom Geld sei, und daß die Arbeiterkinder letzten Endes gerade nur soweit den Wirtschaftswelt vermittelt bekommen, als sie „intelligente Arbeiter“ für den Kapitalisten abgeben. Unter starkem Beifall unterzog Genosse Mastowatz das Christentum des vor lauter „Religion“ überhandnehmenden staatslich angeordneten Schwarzdummküßers einer denkwürdigen Kritik. Er wies nach, wie vor allem während der Kriegszeit diese jetzigen Gotteshäuser die Lehrer lieben dem „Herruprosch“ durch das Segnen der Landen und Kosteneingehere mit haben getreten haben, und wie noch heute in der Kirche nach wie vor nationalistische, reaktionäre und kapitalistische Tendenzen ganz und gar überwiegen. Aber die Arbeiter sind auf dem besten Wege, zu erkennen, daß die Predigt hier in dem „Jahresbericht“ nicht zu lassen zu lassen, um „hört oben“, dann zum Dank die Segnen hören zu hören, sie nur tiefer ins Elend hinabsinken. Gerade die von Christentum-treibenden Kapitalisten sind es, die diese Lammesgeburt zu der mörderischsten Ausbeutung der Armeen anzuwenden. Deswegen sie ja auch ein großes Interesse daran haben, das Opium der sogenannten Religion möglichst ausgiebig den proletarischen „Schafherden“ einzuschütten. Und deswegen weiter zu auch die Herruproscher Schulen sowohl bezahlt werden, als auch bei allen „Ordnungsliebenden“ und „Frommen“ der kapitalistischen Gesellschaft in so hohen Ansehen der „Heiligkeit“ stehen. Nur die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, kann die Grundlage schaffen dafür, daß weder die Religion zu Klasseninteressen missbraucht, noch die Bildung vom Geld abhängig wird. Und nur auf dieser Grundlage ist der wirklich großzügige Aufbau einer wirklich freien Schule, wo nur geistige Fähigkeiten und

Da auch der Referent dem Herrn Pastor grüßlich beim-
suchte, schwammen dem bedauernswerten frommen Lobgerber
alle Helle fort.

Die gesamte Versammlung entschied sich deutlich für die Aus-
sagen der Redner der Arbeiterklasse.

Wie die christliche Nächstenliebe eines deutsch- nationalen Pfarrers aussieht.

Zu der Verächtlichmachung des Pfarrers Wundrich aus Sulau
(siehe „Schl. Arb.-Bl.“ vom 30. Januar) teilt uns unser
Genosse mit, daß er alle seine Behauptungen aufrecht
erhalte. Insbesondere behauptet er noch immer, daß dieser
deutsch-nationale Pfarrer einen seit langen Wochen kranken
Kriegsbeschädigten, der mit seiner Familie ganze 70 Mark
Unterstützung erhielt, bei der Verteilung der Lebensmittel
bewußt übergangen habe.

Der Herr Pastor scheint also etwas recht gewalttätig
mit der Wahrheit umzugehen. Wir bringen diese Notiz,
um dem deutsch-nationalen Pastor Gelegenheit zu geben, die
„notwendigen Schritte“ gegen uns zu unternehmen. Wir
werden durch Zeugenaussagen nachweisen, daß der deutsch-
nationale Pfarrer, der Vertreter der „christlichen Nächsten-
liebe“, einen Kriegsverletzten bei der Verteilung von Weihnachtsg-
aben übergangen hat, und daß er in seiner Verächtlichmachung
die Unwahrheit gesagt hat.

Aus der Partei.

Der Nachrichtendienst.

Die Erfolge der Partei hängen zum großen Teil ab
von der klaren Erkenntnis der politischen Lage und der
Stimmung der Massen. Es ist deshalb für die politische
Leitung von größter Wichtigkeit aus den Betrieben heraus
wahrheitsgetreue Berichte zu erhalten. Es wird dadurch der
Leitung ermöglicht, alle ihre Handlungen nach den wirklich
gegebenen Verhältnissen und Voraussetzungen einzurichten.
Darüber hinaus muß die Partei genau von allen Vorgängen
auf politischem und ökonomischem Gebiet unterrichtet sein.
Ferner müssen wir alle Maßnahmen der Unternehmer und aller
unserer Gegner kennen. Die Bourgeoisie verfügt über einen
weitverzweigten, gut organisierten Nachrichtenapparat mit
allen technischen Hilfsmitteln. Wir sind auf die opfer-
freudige Mitarbeit der Genossen angewiesen. Auch dem
Treiben der Gegenrevolution müssen wir erhöhte Aufmerksam-
keit schenken. Man ist heute mehr wie bisher bemüht, Spitzel
in unsere Reihen zu jenden. Ein guter Informations- und
Nachrichtendienst kann auf allen diesen Gebieten gute Dienste
leisten. Alle Vorgänge auf politischem und gewerk-
schaftlichem Gebiet, sowie alle Beobachtungen der
Orts- und ihrer Organe wie Spitzel usw. müssen
sofort, schnell und ausführlich gemeldet werden. Jeder
Distrikt, Ort und Betrieb muß seinen ständigen Bericht-
erstatter haben. Dieser muß laufend über alle wichtigen Vor-
gänge innerhalb und außerhalb der Arbeiterschaft Bericht er-
halten. Nur durch die eifrige Berichterstattung kann die enge
Verbindung zwischen der Parteileitung und den Mitglieds-
schaften hergestellt werden, die von den Genossen überall
gewünscht wird und die so ungeheuer wichtig für eine frucht-
bringende, revolutionäre Arbeit unserer Partei ist.

Neu-Salzbrenn. Werbe-Woche.

Die hier im Orte veranstaltete Werbe-Woche zur Ge-
winnung neuer Abonnenten, neuer Mitglieder, sowie neuer
Mitglieder für die Produktiv-Genossenschaft nahm einen guten
Verlauf. Es war das erste Mal, daß die Genossen ernstlich
daran gingen, von Haus zu Haus eine Agitation für unsere
Zeitung, für unsere Partei, sowie für unsere Produktiv-Ge-
nossenschaft zu machen. Weil der ganze Ort noch nicht erfasst
werden konnte, so werden wir die nächste Werbe-Woche im
Februar besser und gründlicher vorbereiten. Unsere Genossen
verlegten sich diesmal speziell nur auf die Zeitung. Es

Arbeiter, zerbricht die Stinnes-Koalition!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Regierung der deutschen Bourgeoisie ruft auf dem
Sprung die Arbeiterklasse für die ungeheure Last des verlorenen
Krieges auf die Schultern zu laden. Das Proletariat ist durch
den Eisenhagel des Weltkrieges gepöbelt worden, es hat ge-
hungert, geblutet und schier übermenschliche Opfer gebracht für
den kapitalistischen Staat. Als dann 1918 die schweißige Faust
des erwachten Volkes auf den Rücken der Bourgeoisie nieder-
schlug, da verbündete sich die deutsche Sozialdemokratie mit dem
Feind des Proletariats. Die Welken Garben Rotes trieben
die ankämpfenden Massen im Bürgerkrieg zurück.

Nach all den seelischen und materiellen Opfern soll nunmehr
dem Proletariat die Sklaverei der Reparationslast um den
Hals gelegt werden. Diese Last ist das Finanzprogramm der
Regierung. Im Reichstage hat die Bourgeoisie mit der
Sozialdemokratie zusammen die Einheitsfront gegen die Arbeiter-
klasse hergestellt. Ein heimtückisches Steuerkompromiß ist gegen
das Proletariat abgeschlossen worden. Die wichtigsten Lebens-
mittel und Gebrauchsgüter werden in unerhörter Weise
verteuert. Der Brotpreis soll von 8 Mark auf 14 Mark erhöht
werden, die Kohle wird mit sofortiger Wirkung um 50 Mark
pro Tonne verteuert. Das sind die ersten Früchte der Reparations-
politik Rathenau, die im Reichstage von allen Parteien bis zu
Breitscheid händelnd aber den grünen Alee gelobt wurde. Rathenau,
der Protzverteurer ist jetzt der nationale Verräter der deutschen
Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Mitarbeiter.

Diese der deutschen Arbeiter gaben sich dem naiven Glauben
hin, daß nach den sieben mageren Jahren des Krieges und des
Zusammenbruchs die sieben letzten Jahre des nationalen Auf-
stiegs, des Wohlergehens und des glücklichen Lebens kommen
sollen. Nicht alle Hoffnungen hinter sich! Führt die deutsche
Bourgeoisie ihr Wiederbauprogramm durch, wie sie es in der
Antwortnote an die Reparationskommission vom 28. Januar
ausgestellt hat, dann ist Frau Sorge täglich in allen Arbeiter-
wohnungen zu Tisch und Schmalz wird ständiger Küchen-
meister sein. Denn nach dem Willen der Kapitalisten, nach dem
Willen der sozialdemokratischen Partei soll der Wiederaufbau
der kapitalistischen Wirtschaft auf Rechnung des Proletariats
gehen.

Mit lautem Geschrei hatten die Sozialdemokraten und der
ADGB verkündet, daß sie nie und nimmer der Befragung der ar-
beitenden Massen durch indirekte Steuern ihre Zustimmung geben
würden. Sie stellten die Forderung nach der Erfassung der Sach-
werte auf. Der ADGB tat ein übriges und stellte neben dieser
Forderung noch neun andere auf. In einem Aufruf gab der
ADGB seinen Ortsauschüssen Anweisung, alle organisatorischen
Kräfte zur Durchführung dieser Forderungen einzusetzen.

Statt das der Arbeiterklasse geforderte Besprechen einzu-
lassen und die Große Koalition der proletarischen Masse dem

nationalen Blad der Bourgeoisie gegenüberzustellen, haben die
sozialdemokratischen Führer ihre Partei an die bestehende Klasse
verpöbelt. Sie sind im Begriff, um das Antlitz der einzigen
Ministerposten die ganze arbeitende Klasse an den ungeländeten
Herrschern Deutschlands, an Stinnes, anzuschließen. Der ADGB
hat sich an diesem Kuppelgeschäft beteiligt.

Arbeiter! Arbeiterinnen!
Wollt Ihr Euch als geduldige Schafe auf die Schlachtbank
des Weltkapitalismus führen lassen? Noch ist in Frankreich die
Erde rot gefärbt vom Blute der Opfer des Weltkrieges. Noch
zeigen dunkle Ruinen von den Erfolgen der Bürgerkriegspolizei
der Zweiten Internationale. Die Sozialdemokratie steht jetzt ihre
Bürgerkriegspolitik weiter fort. Sie hat Frieden gemacht mit
Stinnes und durch ihre Politik die geschlossene Front der Ar-
beiterklasse vollständig verhindert.

Die Bündnispolitik mit der Bourgeoisie muß ein Ende haben!
Jahrelange Erfahrungen haben nur allzu deutlich gezeigt, daß
sie das Proletariat von Niederlage zu Niederlage führen. Sollen
die Massen die Lasten des Krieges tragen, sollen sie die Steuern
bezahlen, dann muß die Arbeiterklasse gegen sie kämpfen. Sie
kann jedoch den Kampf gegen Stinnes nicht aufnehmen, wenn sie
sich selbst mit Stinnes verbündet.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Die kommunistische Internationale hat das Proletariat aller
Länder aufgerufen zum Kampfe gegen den Verslavungsstollen
des internationalen Kapitals. Nehmt diesen Kampf auf! Tragt
ihn in alle Hütten und Mietkajernen, in alle Fabriken und Werk-
stätten, in alle Kohlengruben und Bauxitgruben, ruft ihn aus
überall dort, wo die Unterdrückten, die Opfer des Krieges, die
Armen, die Entsetzten, die Verflochtenen, zusammenströmen. Zer-
schlagt mit eiserner Faust die Stinnes-Koalition der sozialdemo-
kratischen Führer! Duldet nicht länger mehr das Fortwirken
der Gewerkschaften von einem Tag zum andern. Sorgt dafür,
daß eure Söhne nicht mehr der ungeheuren Teuerung nach-
hinken. Zwingt die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zum
offenen Kampfe für die Erfassung der Sachwerte, für die zehn-
fache Forderung des ADGB. Laßt nicht zu, daß der ADGB seine
eigenen Forderungen wieder preisgibt, wie er das mit den acht
Bedingungen des Vizefeldes Abkommens nach dem Kapputsch
und mit den zehn Forderungen für die Arbeitlosen im Vorjahre
getan hat. Laßt Euch die Befragung durch die indirekten Mini-
stersteuern nicht gefallen. Zerbricht die Sklavereifront. Formiert
national und international die Einheitsfront! Kämpft für die
Arbeiterregierung, die unerschrocken dem Willen der Bourgeoisie
die Tat der Arbeiterklasse entgegensetzt.

Berlin, den 31. Januar 1922.
Zentrale der Kommunistischen Partei
Deutschlands.

(Zetion der Kommunistischen Internationale.)

wurden 40 Abonnenten gewonnen. Auch eine Anzahl
Mitglieder für die Partei sind gewonnen worden.

Unser Vertrauensmann für die Produktiv-Genossenschaft
agitiert fleißig für dieselbe und nimmt fortwährend
Parteigenossen auf. Also wir können vorläufig zu-
frieden sein. Die Werbung neuer Mitglieder ist allerdings
noch nicht abgeschlossen und es werden deshalb jetzt schon
alle Genossen aufgefordert, sich an der nächsten Werbe-Woche
reißlos zu beteiligen, dann wird noch ein ganz anderes Re-
sultat herauskommen. Die neuen Abonnenten ersuchen wir,
unsere Zeitung gut zu lesen und für deren Verbreitung mit
zu sorgen.

Konradsthal.

Auch die Genossen obigen Ortes haben sich rege an der
Werbe-Woche beteiligt. Eine Anzahl Zeitungseiferer, sowie
neue Parteimitglieder sind gewonnen worden. Wir können
nun dazu übergehen, hier eine Ortsgruppe zu gründen.
Bisher waren die Genossen von Konradsthal in der Orts-
gruppe Neu-Salzbrenn organisiert. Auf Wunsch der Kon-
radsthaler Genossen berufen wir deshalb für Sonntag, den
5. Februar 1922, vormittags 10 Uhr, eine Versammlung
ein, und zwar bei „Kliem“ zu Konradsthal. Wir laden
alle Genossen ein, die mit uns sympathisieren, ferner alle
Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“. Für Genossen

der Partei ist es jedenfalls Pflicht, zu dieser Versammlung
zu erscheinen. Ein Vertreter des Unterbezirks wird zur
Stelle sein. Also nochmals, alles in diese Versammlung,
Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Kliem.

Der Bezirksauschuss Württemberg zum Ergebnis der Zentralauschuss-Sitzung.

Am Samstag den 28. Januar tagte in Stuttgart der Be-
zirks-Auschuss der K.P.D. Bezirk Württemberg. Außer den
Mitgliedern der Parteileitung und des Bezirksauschusses
nahmen an dieser Sitzung mit beratender Stimme teil die Land-
tagsfraktion, die Stuttgarter Gemeinderatsfraktion, die Unter-
bezirksleiter und die Vorstehenden der größeren Ortsgruppen.
Dem Bericht vom Zentralauschuss, den Genosse Tittel er-
staltete, schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Nach der Aus-
sprache gelangte der erste Teil nachstehender Entscheidung
gegen eine Stimme, der zweite Teil gegen drei Stimmen zur
Annahme:

I.
„Der Bezirksauschuss des Bezirks Württemberg stellt sich
voll und ganz hinter die Beschlüsse des Zentralauschusses,
sowohl in der Beurteilung der politischen Lage, als auch in Be-
zug auf die Forderung der Taktik der Partei und die uns bevor-
stehenden Aufgaben. Nach diesen Beschlüssen hat die Partei er-
neut bewiesen, daß ihr die Beschlüsse des dritten Weltkongresses
als Richtschnur für ihre Taktik dienen. Der Bezirksauschuss ver-
pflichtet sich, die politische Linie wie bisher, auch künftig ein-
zuhalten und alles zu tun, um das Vertrauen der Massen für die
Partei zu gewinnen.“

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

16) Uebersetzt von Adolf Dek.
Maffows Nachbarin, Marja Korfanowa, die Witwe
eines Schmiedes, die mit Ritualien in der Fabrik handelte,
sagte eines Tages, als sie die Mutter auf dem Markte
traf, ebenfalls:
„Gib acht auf deinen Sohn, Pelagea!“
„Was ist denn?“ fragte die Mutter.
„Es gehen allerhand Gerüchte!“ . . . vertraute Marja
ihre geheimnisvoll an. „Böse Gerüchte, meine Liebe! Er
soll so eine Gesellschaft wie die Geißler gegründet haben.
Eine Sekte nennt man das. Sie werden sich dann hauen
wie die Geißler.“
„Hör' auf, Marja, du schwätzt Unsinn!“
„Pa, wer schwätzt, betrügt nicht, aber wer Heimlich-
keiten hat!“ erwiderte die Krämerfrau.
Die Mutter teilte ihrem Sohne all diese Gespräche
mit; er zwachte schweigend die Achseln, der Kleinrusse aber
lachte mit seiner tiefen, weichen Stimme.
„Die Mädchen sind euch auch schon gram!“ sagte sie.
„Ihr seid für jedes Mädel beneidenswerte Feinde und lauter
braune, müderte Arbeiter . . . aber ihr beachtet sie gar
nicht! Es heißt, es kämen Fräuleins aus der Stadt zu
euch, die sich leichtfertig benehmen.“
„Na, natürlich!“ rief Pawel, das Gesicht in verächtliche
Falten ziehend.
„Ihr Schwafel rächt alles faul!“ meinte der Kleinrusse
mit einem Seufzer. „Ihr aber, Mütterlein, solltet den
wichtigen Dingen erklären, was der Ehestand ist, damit sie
nicht gar solche Eile haben, sich ihre Krüge zu holen.“
„Ach, mein Lieber!“ sagte die Mutter. „Sie sehen
den Sommer, verstehen ihn auch, aber es bleibt ihnen ja
nichts anderes übrig!“
„Sie verstehen ihn nicht, sonst würden sie schon einen
andern Weg gefunden haben!“ meinte Pawel.

Die Mutter blickte in sein strenges Gesicht.
„Dann läßt sie auf! Bittet doch ein paar Kluge zu
Euch.“
„Das geht nicht!“ erwiderte der Sohn trocken.
„Wenn wir es nun versuchen?“ fragte der Klein-
russe.
Pawel schwieg einen Augenblick und erwiderte:
„Dann gibt es halb Pärchen, einige verheiratet sich,
und die Sache ist aus!“
Die Mutter dachte nach. Die mönchische Strenge
Pawels verwirrte sie. Sie sah, daß selbst Fremde auf
seinen Rat hörten, die wie der Kleinrusse älter waren als
er; es kam ihr aber so vor, als wenn alle ihn wegen
seines strengen Wesens fürchteten und niemand ihn liebte.
Einmal, als sie sich schlafen legte, während ihr Sohn
und der Kleinrusse noch lasen, hörte sie durch die Scheide-
wand ihre leise Unterhaltung.
„Weißt du, daß ich Katscha wohl leiden mag?“ rief
der Kleinrusse plötzlich leise.
„Ich weiß“, erwiderte Pawel nicht sofort.
„Ja, ja.“
Man hörte, wie der Kleinrusse langsam aufstand und
hin und her ging. Seine bloßen Füße schürten auf dem
Boden, ein leises, wehmütiges Pfeifen erklang. Dann
summte wieder seine Stimme.
„Wartet sie es wohl?“
Pawel schwieg.
„Was meinst du?“ fragte der Kleinrusse gedämpft.
„Gewiß bemerkt sie es!“ erwiderte Pawel. „Deswegen
hat sie sich ja geweigert, bei uns zu arbeiten.“
Der Kleinrusse setzte seine Füße schwer auf den Boden,
und wieder zitterte sein leises Pfeifen im Zimmer. Dann
fragte er:
„Wenn ich es ihr nun sage?“
„Was?“ erwiderte Pawel kurze Frage wie ein Schaf.
„Ich will ihr sagen, daß ich . . .“ begann der Klein-
russe leise.
„Warum?“ unterbrach Pawel ihn.

Die Mutter hörte, wie der Kleinrusse stehen blieb, und
fühlte, daß er bitter lächelte.
„Ja, siehst du, ich nehme an, wenn man ein Mädchen
liebt, so muß man ihr das sagen, sonst hat die Sache
keinen Zweck!“
Pawel schlug das Buch laut zu. Man hörte seine
Frage:
„Welchen Zweck erwartest du denn?“
Beide schwiegen lange Zeit.
„Nun?“ fragte der Kleinrusse.
„Andrej, du mußt dir Klar machen, was du willst . . .“
begann Pawel langsam. „Nehmen wir an, auch sie hat
dich lieb . . . Ich glaube es nicht, aber nehmen wir es
einmal an. Und ihr heiratet euch. Das wird eine
interessante Ehe: eine intelligente Dame und ein Arbeiter.
Es werden Kinder geboren, du mußt allein arbeiten . . .
und zwar viel. Euer Leben wird ein ganz gewöhnliches
Ringeln um ein Stück Brot; für die Kinder, für die
Wohnung . . . Für die Sache seid ihr verloren. Alle
beide.“
Es wurde still, dann sagte Pawel etwas weicher:
„Gib das alles lieber auf, Andrej . . . und schweig
laß' sie in Ruh.“
„Weißt du auch wohl, daß Nikolai Iwanowitsch da-
mals sagte: der Mensch müsse sich unbedingt anleben . . .
mit allen Geistes- und Körperkräften . . .“
„Erinnerst
du dich?“
„Das paßt nicht für uns!“ sagte Pawel. „Wie willst
du in diesen Dingen Bollständigkeit erreichen? Die gibt
es für dich nicht. Siehst du die Zukunft, so mußt du
in der Gegenwart alles verlegen.“
„Das ist schwer!“ sagte der Kleinrusse leise.
„Wie willst du es sonst einrichten — denn einmal
noch.“
Es herrschte Stille. Der Uhrpendel takte gleichgültig
und schnitt gleichsam die Lebensstunden ab.

Die... erwidert... Erklärung des Zentral...

Aus der Jugendbewegung.

Die kommunistische Jugend steht fest zur Partei...

Der Reichsausschuss der kommunistischen Jugend...

Diese bedeuten die Fortsetzung jener Linie...

Die kommunistische Jugend nimmt die in den Beschlüssen...

Der Reichsausschuss verurteilt das Verhalten der 4...

Die Gegner der Resolution gaben die Erklärung ab...

Neues vom Tage.

Das Attentat auf den japanischen Minister-Präsidenten.

Vor einigen Monaten war der japanische Ministerpräsident...

In Japan gibt es gegenwärtig eine partei revolutionäre...

Polarforschlicher Schatteion gestorben.

Ein Dozent seines Berufes ist der bekannte englische Polarfor-

Colales.

Städtisches Schmittellamt.

Vom Magistrat wird mitgeteilt: Wir ver aus Stadterweiterungsarbeiten...

Inbesondere kommt in Frage: Die Wiederherstellung...

Wettliche Schule.

Damit Dresden - möglichst schon Ostern 1922 - auch...

Unsere Genossen und Genossinnen bitten wir, sich...

Die Milch schon wieder teurer.

Die Milchhändler gehen bekannt, dass die Milch vom...

Zweiterlei Maß.

Man schreibt uns: Am 27. Januar zogen eine Kolle junger Burjchen...

Breslauer Bevölkerungsbewegung im Kalender-jahre 1921.

Bevölkerungsstand am 31. Dezember 1920: 546 762; Zahl der...

Generalversammlung des Mieter-Verbandes.

Am 23. Januar 1922 fand im Arbeiterparken die erste...

Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wählte Herr Zug...

Verbandsvorsitzende Herr Terstegen aus Hannover einen großen...

Das Abspringen vom fahrenden Straßenbahnwagen.

Am 30. Januar mittags 1.35 Uhr der Justizobersekretär...

Wir fordern Aufklärung.

Seit einiger Zeit kursieren in hiesiger Stadt Gerüchte...

Auf dem Schlachtfeld der Arbeit geblieben.

Der Kopf zermalmt wurde dem 27-jährigen Klempner...

Auto-Dammbusverkehr.

Wegen Uebernahme des Auto-Dammbusverkehrs in diesem...

Laugenbielan.

Sonntag, den 4. Februar 1922, abends 7.30 Uhr...

Öffentliche Volksversammlung.

Referent: Genosse Franz Metzger, Gottesberg.

Verammlungskalender.

Alle Genossen sind verpflichtet, diese Ankündigungen...

KPD. Breslau. Heute abend wichtige Funktionärsitzung...

Unterbestellung Dresden. Sonntag, den 4. Februar...

KPD. Breslau. Kommunistische Donarbeiter! Freitag, den...

KPD. Dittersbach. Sonntag, den 5. Februar, vorm. 9 Uhr...

Kommunisten. Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr...

Referent: Genosse Maslowski. Thema: Vrote...

Referent: Genosse Franz Metzger, Gottesberg.

Referent: Genosse Maslowski. Thema: Vrote...

Altmetalle... Schmelzwerk...

Gen. Wenzel, Tischlermeister... Proletarier Lies!

Wandkalender der 'Schlesischen Arbeiter-Zeitung' für das Jahr 1922...

Deutscher Mieter-Vorband, Sitz Hannover... Große öffentliche Mieter-Versammlung...

Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten... Strickwalle...

Wirtschaftliche Rundschau

2 1/2 Prozent Umsatzsteuer.

Die SPD. ist mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 1/2 Proz. einverstanden. Diese Umsatzsteuer soll 24 bis 28 Milliarden Mark einbringen. Was bedeutet das?

Eine baumwollene Bluse kostet heute ungefähr 150 Mark. Wird sie um 2 1/2 Prozent teurer werden?

Der Baumwollimporteur liefert die Baumwolle an die Kämmerer, die Kämmerer an die Spinnerei, die Spinnerei an die Weber, die Weber an die Appreturanstalt, die Appreturanstalt an die Färberei, die Färberei an die Schneiderei, die Schneiderei an den Großhändler, der Großhändler an den Kleinhändler.

Unberücksichtigt haben wir Spezialwerkstätten gelassen, die oftmals noch eine Ware zu durchlaufen hat. Unberücksichtigt lassen wir, daß jeder Fabrikant und jeder Händler den Aufschlag von 2 1/2 Proz. nach oben abrunderet.

Was wird also die Bluse kosten?

Sie wird die Umsatzsteuer von 2 1/2 Proz. vielleicht sechs- bis achtmal enthalten. So werden aus dem 2 1/2 Proz. Umsatzsteuer 15 bis 20 Proz.

Was wird also die Bluse kosten? Sie wird mindestens 180 Mark kosten.

Wer soll also die Umsatzsteuer bezahlen?

Die Arbeiterfrau.

Der deutsche Außenhandel.

Ein Spiegelbild der deutschen Wirtschaftslage.

„Karl Radek begann von dem rapiden Zerfall der Produktionskräfte zu fesseln. Und das trotzdem der neue Kurs in Sowjetrußland auf der Voraussetzung gegründet ist, daß die Entfaltung der Produktivkräfte in Europa und Amerika das Kapital zwingt, Sowjetrußland als Absatzmarkt und Rohstoffquelle zu gewinnen. Trotzdem Washington das Gegenteil eines Verfalls der Produktivkräfte beweist, trotzdem gerade in Deutschland jeder Arbeiter weiß, daß eine Akkumulation des Kapitals stattfindet, die Arbeitslosigkeit ziemlich beilegt ist.“

Bekanntlich blühen die Erdbeeren in Frühjahr. Wenn es im Herbst gelingt, in irgend einem Gewächshaus die Erdbeeren zur Blüte zu bringen, so ist das sicher noch kein Zeichen, daß es Frühjahr ist. Auf einen ähnlich sinnlosen Gedanken läuft aber die oberflächliche Zusammenstellung einiger Tatsachen, wie sie in dem Aufruf der Braß, Friesland und der anderen hingesetzt ist, hinaus.

Es ist richtig, daß das Kapital versucht, auf verschiedenen Wegen die Krise, in der es sich in fast allen Ländern befindet, zu überwinden. Aber eben Washington ist kein Zeichen der Stärke des Kapitals, es war die „Marchie der privalkapitalistischen Produktion, die Anarchie im internationalen Verkehr, die die Konferenz von Washington möglich und notwendig machte. Es ist richtig, daß eben aus dieser Anarchie heraus das Kapital die Tendenz hat, einigermassen Ordnung in das Produktionsgetriebe zu bringen, die veränderten Kräfteverhältnisse der einzelnen Staaten abzuschätzen, die Absatzmärkte dadurch zu überwinden, daß neue Absatzmärkte, neue Märkte für Kapitalanlagen geschaffen werden sollen; das Problem China und das Problem Rußland stehen hier im Mittelpunkt der kapitalistischen Interessen der ganzen Welt.

Aber schon hier, wo es sich nur um Tendenzen handelt und noch nicht um Tatsachen, sind die Schranken der Entfaltung der kapitalistischen Produktivkräfte deutlich aufgezeigt: es sind die Schranken, die der eine kapitalistische Konkurrent dem andern zieht, es sind aber auch die Schranken, die die vom europäischen und amerikanischen Kapital „erschlossenen“ Länder selbst aufrichten. Die Industrie Südamerikas, Indiens, ja auch Chinas, hat sich während der Kriegsjahre und der Jahre hinterher sehr stark entwickelt und schmälert die Absatzmöglichkeiten des nach neuen Märkten suchenden Kapitals von Jahr zu Jahr mehr.

Und Rußland ist durchaus kein gewöhnlicher Markt für das internationale Kapital. Es ist kein Kolonialland, in dem das ausländische Kapital die Arbeitskraft des Inlandsvolkes ausbeuten, unter ihrem Wert bezahlen kann. Die russische Staatsgewalt ist in den Händen der Arbeiter und Bauern selber, die Möglichkeiten, hier gewinnbringend abzusetzen und Kapital anzulegen, sind schon deswegen sehr gering.

All die übrigen Maßnahmen, die das internationale Kapital bisher getroffen hat, die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft, die Verlängerung der Arbeitszeit, der Lohnabbau, dessen Kurve viel steiler nach unten ging, als der Rückgang der Lebenshaltungskosten, die Ausbeutung des kleinen Bauerntums, wie beispielsweise des kleinen Farmerkums in den Vereinigten Staaten: all dies hat bis zum heutigen Tage noch nicht das feinste Anzeichen einer Sanierung des internationalen Kapitals gebracht.

Nur in diesem internationalen Zusammenhang aber kann von diesen Tendenzen des Kapitals, sich vom Krieg und der ihm folgenden Krise zu erholen, gesprochen werden. Es ist ein Unding, diese Tendenzen in Zusammenhang zu bringen mit der Scheinkonjunktur und dem Dahinschwimmen der Arbeitslosigkeit in Deutschland in dem Sinne, als ob in Deutschland die Wirtschaftskrise keine Geltung habe, als ob in Deutschland die Produktivkraft des Kapitals gewaltig gesteigert sei, in Deutschland, das an die ganze Welt Reparationsleistungen zu zahlen hat.

Wie ungesund gerade die Verhältnisse in Deutschland sind, das zeigt die Tatsache, daß im Monat Dezember die deutsche Handelsbilanz aktiv war. „Aktiv“, das heißt nicht etwa, daß eine Besserung eingetreten sei, das Wort besagt, daß in diesem Monat der Wert der Ausfuhr größer war, als der der Einfuhr. Man braucht sich nur vorzustellen, welcher Mangel an Rohstoffen in Deutschland heute besteht, daß selbst vor dem Kriege die Einfuhr stets größer war als die Ausfuhr, um sofort zu sehen, daß diese Aktivität der deutschen Handelsbilanz nur ein Zeichen ist, daß in den letzten Monaten der Ausverkauf Deutschlands einen gewaltigen Schritt vorwärts gegangen ist.

Über die Entwicklung der Einfuhr gibt die folgende Tabelle ein Bild, in der die Einfuhrmengen (in tausend Doppelzentnern) nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes aufgeführt sind:

Wir sehen also überall ein starkes Zusammensinken der Einfuhrmengen. Diesem Zusammensinken entspricht freilich das Verhalten der Verlangaben nicht: infolge der Entwertung der deutschen Mark ist der Wert der Einfuhr für verschiedene Waren, trotz der zurückgegangenen Menge, stark an-

geschwollen. Dafür einige Beispiele: Bei Chemikalien beispielsweise beträgt der Einfuhrwert im Oktober 220 Millionen, im Dezember 235 Millionen Mark, trotz eines Rückgangs um 1/2, der Wert der importierten Mineralien im Oktober 1,1 Milliarden, im Dezember 1,2 Milliarden Mark. Im November betrug die Bleieinfuhr 47 000 dz, im Dezember 60 000, der Wert dagegen ist von 53 auf 118 Millionen gestiegen.

Der verringerten Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln steht aber keine Verringerung der Ausfuhr gegenüber. Es wurden (in tausend Doppelzentnern) ausgeführt:

	Okt. 1921	Dez. 1921
Wachs, Seiden	17	25
Chemikalien	2 092	2 006
Leder, Pelze	19	75
Schmiedewaren	102	162
Papier, Pappe	290	360
Glaswaren	104	119
Maschinen	384	556

Der Außenhandel des Monats Dezember zeigt also noch viel krasser als der des Monats November den „Ausverkauf der deutschen Wirtschaft“ und die Verringerung der Rohstoffvorräte in Deutschland, die einer weiteren Produktion, wie die Scheinkonjunktur sie entfachte, ein Ende bereitet. Die Folge dieser verringerten Produktions- und Reproduktionsmöglichkeiten muß zur Einschränkung der künstlich aufgeblähten Geschäftigkeit führen und eine neue Welle der Arbeitslosigkeit nach Deutschland bringen. Daß dies der Fall ist, das kündigen Anzeichen bereits vernehmlich an: Der Andrang zu den Arbeitsvermittlungsgastellen ist in den letzten Wochen wieder stärker geworden, in Groß-Berlin hat sich die Zahl der Arbeitslosen um etwa 20 000 vermehrt. Es ist möglich, daß das Eindringen dieser Krise durch eine weitere Periode des Ausverkaufs, wie sie die Entwertung der deutschen Mark mit sich bringt, verlangsamt wird. Umso schlimmer dann für die deutsche, der Rohstoffe immer mehr entblößten Wirtschaft.

Die Hauptursache dieser Scheinkonjunktur ist der Raubbau, den das deutsche Kapital an der Arbeitskraft der deutschen Werktätigen und den vorhandenen Produktionsmitteln treibt, vor allem die Tatsache, daß der deutsche Kapitalist dem deutschen Arbeiter die Arbeit unter ihrem Wert bezahlt. Wann diese Scheinkonjunktur aufhören wird, hängt letzten Endes ab von dem Willen des Ententekapitals, sich diese Konkurrenz gefallen zu lassen. Wobei freilich das ausländische Kapital versuchen wird, die Kullilöhne, die in Deutschland gezahlt werden, zwar als Grundlage einer Konkurrenzindustrie auszuschalten, sie aber einzuspannen für sein eigenes Interesse.

Aber selbst wenn dies gelänge: deutsche Kuliarbeit im Dienste des Ententekapitals, so wäre die Wirtschaftskrise des internationalen Kapitals damit nur noch verschärft. Auch dann müßten, wie das heute schon geschieht, die Kapitalisten des Auslandes versuchen, den Standard des Arbeiters ihrer Länder auf den des deutschen Arbeiters herabzudrücken. Das bedingt eine weitere Verschärfung der sozialen Spannung.

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels zeigt, daß die Fundamente der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Kapitals dem ausländischen Kapital gegenüber immer schwächer werden, daß das deutsche Kapital im Bezug der Rohstoffe immer abhängiger wird von Krediten, die ihm ausländisches Kapital gewährt, daß die Ueberfremdung des deutschen Kapitals, der Übergang deutscher Aktien und Hypotheken, ja ganzer Fabrikbetriebe und ganzer Grundstücke, in die Hände der ausländischen Kapitalisten eine Lebensnotwendigkeit für die Existenz von Kapital in Deutschland überhaupt wird. Dieser Prozeß, der sich heute unablässig, läuft hinaus auf die Ausschaltung des deutschen Kapitals als eines selbständigen Faktors in der Weltwirtschaft. Er zeigt dem deutschen Proletariat, daß Fragen wie die der Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht nur Fragen sind, die in den Schranken des nationalen Staates gelöst werden können, sondern Teilprobleme sind der internationalen Wirtschaftskrise.

A. Friedrich.

Die Wirtschaftskrise in Dänemark.

Die Dänische Statistische Landeszentrale gibt soeben für das abgelaufene Jahr statistisch-ökonomische Uebersichten heraus, die ein Bild geben von der dänischen Wirtschaft.

Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte (Butter und Eier), ferner die Ausfuhr von Vieh hat 1921 zugenommen, ein Zeichen, daß der dänische Viehbestand, der in den Kriegsjahren stark zusammengeschrunpft war, wiederum vermehrt worden ist.

Daß dies der Fall ist, liegt vor allem daran, daß die Preis- kurve für die landwirtschaftlichen Produkte, wie Butter, Eier, Fleisch, Speck — alles Ausfuhrprodukte — stark gefallen ist, jedenfalls viel stärker als die Preise für die einzuführenden Betriebsstoffe der Landwirtschaft, wie Düngemittel und Kraftfutter. Die „Svensk Handelsblad“ vom 10. Januar 1922 teilt beispielsweise mit, daß der Preis des Oelkuchens zum Butterpreis sich heute verhalte wie 1:10, statt des normalen Verhältnisses von 1:12. Trotz der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte treten entsprechende Erzeugnisse aus Ländern mit niedriger Valuta, vor allem aus Bulgarien, Rumänien, Litauen und Polen auf dem dänischen Markte konkurrierend auf. Alles dies deutet darauf hin, daß dem Wiederaufbau der dänischen Landwirtschaft enge Grenzen gesteckt sind.

Dagegen zeigen die Ziffern über den Verkehr, daß nach der besseren Konjunktur in den Frühjahrs- und Sommermonaten der Export in den letzten Monaten des Jahres stark zurückgegangen ist.

Die Entwicklung der Preise ist in Dänemark wie in allen anderen hochvalutarischen Ländern 1921 stark bergab gegangen. Der Warenindex betrug am Anfang des Jahres noch um 241 Prozent mehr als im Frieden, am 1. Dezember 1921 nur noch 86 Prozent. Die dänischen Unternehmer versuchen, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, vor allem aber auf dem dänischen Markt selbst, durch niedrigere Preise zu erhalten, und dies zu ermöglichen durch schärfere Ausbeutung des Proletariats.

Der Lohnabbau ist dabei das wesentlichste Mittel. Ferner kämpfen, wie wir mitteilten, die dänischen Unternehmer-vereinigungen um Verlängerung der Arbeitszeit. Trotz des Lohnabbaus und trotz der Zollmaßnahmen konnte aber die dänische Industrie gegen andere Industrien, zumal gegen die deutsche Schmelzkonkurrenz, nicht ankommen. Die wachsende Arbeitslosigkeit spiegelt den Stand der dänischen Industrien wider. Von der Arbeitern Dänemarks waren abgezählt:

	1920	1921
September	1920	27 %
Dezember	1920	15 %
Januar	1921	19,7 %
Juli	1921	16,7 %
Oktober	1921	18,3 %
November	1921	20,8 %
Dezember	1921	23,5 %

Angenommen beträgt die Gesamtzahl der dänischen Arbeitslosen etwa 85 000.

Am 1. Februar sollen nach dem Willen der dänischen Unternehmer etwa 60 000 Arbeiter ausgespart werden, weil sie sich nicht auf einen wesentlichen gewaltigen Lohnabbau und auf die Aufhebung des Vertrages, der den Achtstundentag festlegt, einlassen wollen.

Wohin ist die Sozialisierung marschiert?

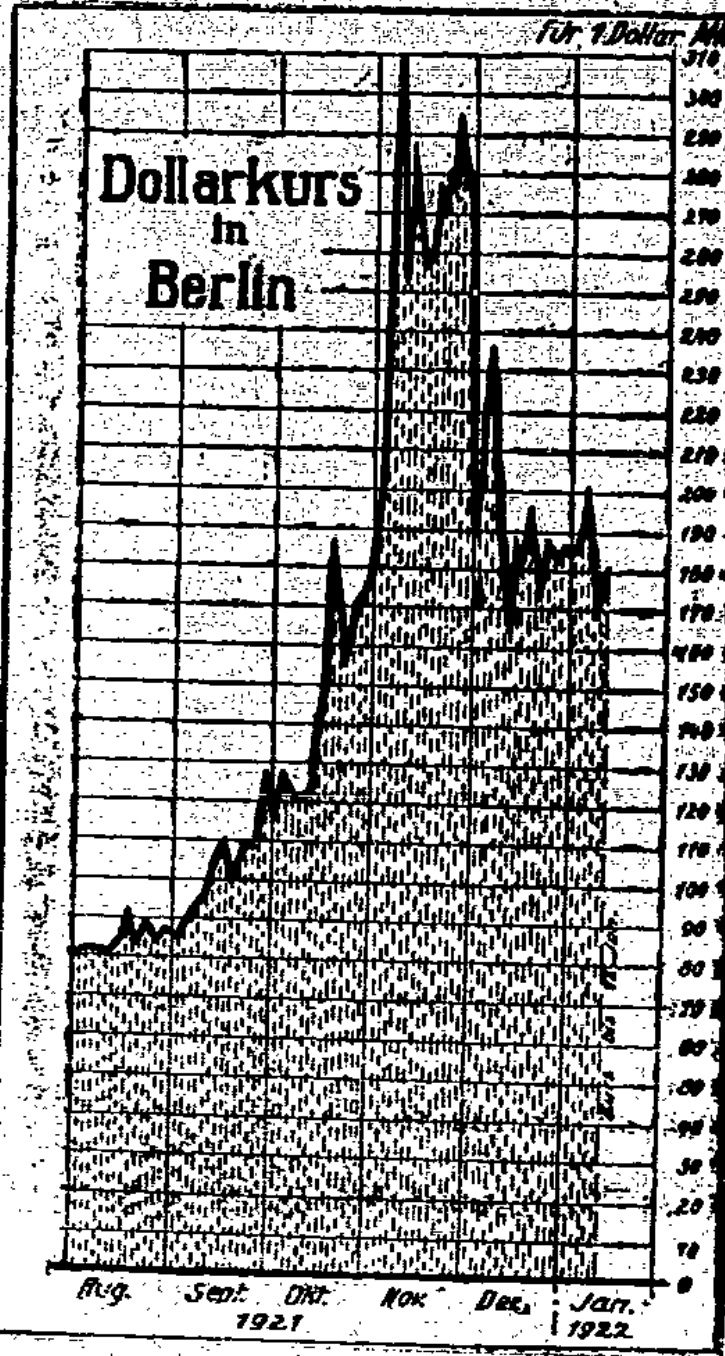
Unter dem Titel „Das Problem der Sozialisierung in Deutschland“ ist in Paris soeben ein Buch erschienen, der Verfasser ist Marcel Tardy. Es gibt zunächst einen Ueberblick über all die halben Maßnahmen, die die Bourgeoisie mit „Sozialismus“ bezeichnet hat.

Die französische Fachzeitung „L'Economiste Européen“ vom 13. Januar bespricht dieses Buch und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Das Schlimme an der ganzen Sache ist, daß, während die soziale Verwirrung, die entfesselt ist, bis auf den heutigen Tag andauert, gerade Männer wie Rathenau und Stinnes die ganze Entwicklung nach ihrem Interesse lenken und beherrschen.“

Nach dem Urteil der französischen Bourgeoisie ist also das Ergebnis der deutschen „Sozialisierung“, die bekanntlich bereits im März 1919 „marschierte“, daß dieser Marsch in der Diktatur des Rathenau- und Stinneskapitals sein Ende findet. Politisch nennt man diese Erscheinung eine Große Koalition.

Die deutsche Währung.



Unser Schaubild, entnommen Heft 1 von „Wirtschaft und Statistik“ zeigt die Entwicklung des Dollarkurses vom August 1921 bis einschließlich zum 12. Januar 1922. Seit diesem Tage ist der Dollarkurs wiederum um etwa 20 Punkte in die Höhe geschritten. Der Friedenskurs (ein Dollar ist 4,20 Mark) ist demart niedrig, daß er auf unserem Schaubild gar nicht zu sehen ist.

Den höchsten Stand hatte der Dollar und am niedrigsten stand die deutsche Mark in den ersten Tagen des November, als die Zahlungsschwierigkeiten der deutschen Regierung besonders groß waren, in derselben Zeit übrigens, wo es dem deutschen Schwerekapital daran lag, den Kredit der deutschen Regierung noch künstlich zu unterminieren, um durch die Steigerung der Kreditunfähigkeit des Deutschen Reiches die deutschen Eisenbahnen in seine Hände zu bekommen.

Ein Ende der Entwertung der deutschen Mark ist vorläufig noch nicht abzusehen. Nach dem Entscheid von Cannes hat Deutschland allmonatlich 93 Millionen Goldmark zu zahlen, außerdem werden die Sachlieferungen wahrscheinlich bald Wirklichkeit werden. Trotz der ungeheuren Steuerlast, die das Proletariat aufzubringen hat, trotzdem insgesamt etwa 100 Milliarden in Deutschland an Steuern aufgebracht werden sollen und trotz der „Zwangsausleihe“, die, wenn sie überhaupt Wirklichkeit wird, bestenfalls 40 Milliarden einbringt, bleibt im Reichshaushalt für das kommende Jahr ein Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark. Das Reich wird ihn decken wollen durch vermehrte Ausgabe von Papiergeld, also wiederum am Kosten der werktätigen Bevölkerung. Die Entwertung der Mark wird also weiterhin fortschreiten.

Entwicklung der fremden Devisen.

Es kosteten:	100 Schweizer Franken	100 holländische Gulden	1 Dollar
am 31. 7. 1914	81 — Mk.	168 — Mk.	4,19 Mk.
1. 7. 1920	697 —	1937 —	37,91
4. 4. 1921	1068,90	2155,00	61,63
1. 6. 1921	1326,60	2482,60	80,67
3. 10. 1921	2147,85	3696,10	124,37
10. 10. 1921	3290,75	3993,60	122,97
21. 11. 1921	6094,90	9615,45	270,47
26. 11. 1921	5415,45	10135,15	295,30
1. 12. 1921	3850 —	6593,30	180,81
3. 12. 1921	4304,30	7832,85	217,97
10. 12. 1921	3621 —	6733 —	187 —
13. 12. 1921	3098 —	5842 —	159 —
31. 12. 1921	3621 —	6743 —	184 —
9. 1. 1922	3246 —	6168 —	168 —
28. 1. 1922	3306 —	7397 —	200 —

*) Es soll auf die einzelnen, hier angeschnittenen Fragen in weiteren Aufsätzen näher eingegangen werden.

Der preussische Etat im Lichte der kommunistischen Kritik.

3,1 Milliarden für die Schupo. — Für Kulturaufgaben und Volkswohlfahrt so gut wie nichts! Rede des Genossen Schmetter im Preussischen Landtag.

Herr Krüger hat geglaubt, den Vorwurf meines Parteifreundes Krogg mit dem Hinweis entkräften zu können, daß wir uns nicht zwingen, den Hungernden in Rußland das Brot wegzunehmen, indem wir von Rußland Unterstufungen für unsere Partei und den Klassenkampf, den wir führen, anzunehmen. Ich muß feststellen, daß wir nicht Unterstufungen von den Hungernden in Rußland beziehen, sondern von unseren internationalen Brüdern. Dessen brauchen wir uns absolut nicht zu schämen! Aber mit alledem hat Herr Krüger die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß keine Partei von Stilles Subsidien bezieht. Ich fordere, daß sozialdemokratische Blätter, und zwar sowohl die „Vollstimme“ in Halle, wie die „Freie Presse“ in Leipzig Unterstufungen von den Stimmlosen beziehen, und zwar dadurch, daß sie sich einen Teil ihrer Auflage von den Kapitalisten des Reichs bezahllen lassen, die diese Blätter an die Arbeiter in ihren Vertrieben verteilen. Warum verkaufen die Unternehmer diese Nachrichten? Doch nur deshalb, weil in diesen Blättern die Interessen der Kapitalisten, der Ausbeuter in der chemischen Industrie ganz vorzüglich vertreten werden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Herr Minister Severing hat die Verlängerung der Arbeitszeit bei den Beamten schmachtlich zu machen versucht. Die Verlängerung der Arbeitszeit für die Beamten bedeutet die Vorbereitung für die Abschaffung des Achtstundentages. Ich möchte den Beweis dafür erbringen, daß tatsächlich hervorragende Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Verlängerung der Arbeitszeit als das A und O des wirtschaftlichen Niedrucks der Arbeiter. (Kühner zitiert einen Artikel des bekannten Sozialisten Hugo Bindemann aus den Sozialistischen Monatsheften, der für die Verlängerung der Arbeitszeit eintritt und den Beweis am Produkt als ein geschichtlich gewordenen Faktum führt.)

Ich sehe also, wie die Sozialdemokratie die Verlängerung der Arbeitszeit, die Abschaffung des Achtstundentages proklamiert. Der Herr Minister beschwert sich wirklich mit Unrecht, wenn die Herren auf der rechten Seite mit ihm unzufrieden sind. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wenn wir den Etat ansehen, finden wir, daß die rechte Seite des Hauses keine Ursache hat, Oppositionsstellung gegen die Regierung zu nehmen. Der Etat, den uns vorgelesen hat Herr Finanzminister eingebuchtet hat, ist ein getreues Spiegelbild der Machtverhältnisse im Klassenstaat Preußen. Er ist aber auch zugleich eine treffende Charakteristik der gegenwärtigen Regierung, der Regierung der Sozialdemokraten, Demokraten, Christen und Renegaten. Der Etat verleiht in seinen Zahlen die Diktatur des alten Feudalismus. (Sehr richtig! bei den Komm.) Sie wir uns früher auch zu dem alten Feudalismus und dem Militarismus stellen mochten. Sie mußten sich doch anerkennen, daß der Militarismus ein sehr feines Gefühl dafür hatte, wenn die Verelendung der Massen so groß wurde, daß sie das imperialistische Heer in Frage stellte. In solchen Fällen zeigte er immer große Empfindlichkeit und erhob warnend seine Stimme. In diesem Etat aber sehen wir absolut nichts, was geeignet sein könnte, die Verelendung der Massen aufzuhalten. Wenn allein das Postministerium bei einem Gehaltsatz von 29 Milliarden 3,1 Milliarden für sich beansprucht, die Justiz dazu 1,7 Milliarden, so machen die Ausgaben für diese beiden Ministerien ein Sechstel der gesamten Ausgaben des Staates aus, und das alles für

Witze und Begünstigung gegen Herrn von Jagow und seine Kammergänger hat wachen lassen, hat sich die deutsche Justiz vor den Augen der gesamten Welt zur Dürre der Reaktion gemacht.

Die Frage des Strafvollzuges ist ein Kapitel für sich. Im Etat befindet sich unter Einnahme ein Posten von 70 Millionen dagegen ein Posten von ganzen 8 Millionen Mark, der an die Gefangenen als Entschädigung für ihre Arbeit ausgezahlt wird. Das ist ein schwarzer Punkt im Etat, der unbedingt ausgemerzt werden muß. Wir haben in Mitteldeutschland eine Umfrage angestellt, wobei festgestellt wurde, daß von 794 Frauen samt ihren Angehörigen nur 301 Frauen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden (Hört, hört!) und daß alle anderen 493 in Hunger und Elend bei Kälte und Frost verkommen müssen, weil der Staat und die Gemeinden sich ihrer Unterstützungspflicht entziehen. (Hört, hört! b. d. Komm.) Diese Tatsachen sind ein Beweis dafür, daß die Klassenjustiz sich nicht allein an denen rächt, die sich nach ihrer Meinung gegen die staatliche Ordnung vergehen, sondern auch an den unschuldigen Frauen und Kindern. Wir werden bei den Verhandlungen des Ausschusses über den Justizetat den Antrag stellen, daß den Gefangenen der volle Arbeitsverdienst, den sie im Gefängnis erzielen, zugute kommt, damit sie wenigstens aus den Gefängnissen heraus ihre Familien vor dem schlimmsten Elend bewahren können.

Bei den ungeheuren Ausgaben für Polizei und Justiz ist es verständlich, wenn die Regierung, der Sozialdemokraten angehört, die für sich in Anspruch nehmen, soziales Verständnis zu haben,

kein Geld für Volksbildung und Volkswohlfahrt übrig hat. Während diese Regierung allein 2,9 Milliarden für die Schupo ausgibt, hat sie in ganzen nur 2,7 Milliarden für die gesamten Kulturaufgaben übrig. (Hört, hört! b. d. Komm.) In dieser Summe sind dabei — das muß festgestellt werden — neben etwa 300 Millionen, die für religiöse Verbrüderungszwecke in den Ausgaben für die Volksschule verstreut sind, noch 202 Millionen für jene katolischen und evangelischen Wühlgänger enthalten, die des Sonntags einmal eine Predigt halten. (Aufe rechts! Fini Teufel!)

Der Etat für Volkswohlfahrt, der nur 34 Millionen beträgt, sieht 600 Millionen Mark für die Erwerbslosen vor. Da der Herr Finanzminister vorgelesen ausdrücklich betont hat, daß in Deutschland die Wirtschaft nur durch Arbeit wieder hochzubringen sei, so hätte ich auch von der Regierung erwartet, daß sie Vorschläge gemacht hätte, wie die Arbeitslosen, die wir jetzt noch haben, in die Produktion eingeweiht werden können. Die 600 Millionen Mark sollen dazu Verwendung finden, um es den Arbeitslosen zu ermöglichen, durch produktive Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Finanzminister v. Richter hat bei allem Reformismus, den er angeblich in Bezug auf die zukünftige Wirtschaftsgebarung hat, große Hoffnungen auf die Einkehr zur Vernunft in den Ententeländern gesetzt. Er hat aber vergessen, die Rechte der Redakteure von Cannes zu beleuchten. Es ist eine feststehende Tatsache, daß wir eine Konjunktur in Deutschland nur dadurch haben konnten, daß gewisse Teile unserer Produktionsmittel eingezogen sind in die Produkte, die wir ins Ausland gebracht haben, die aber das Ausland nicht bezahlt hat.

Diese Schlenkerkonjunktur war nur möglich auf Grund der niedrigen Löhne und der Zinsfüße, die die Regierung zu den Lebensmitteln, für den Güterverkehr, den Wohnungsbau usw. leistete. Nachdem durch den Vertrag von Cannes damit eingeräumt wird, die Steuern verdoppelt, die Zinsen und Zinseszinsen erhöht und die Löhne ungeheuer verteuert werden, wird auch bei uns in Deutschland die Produktion verteuert. Wir werden nicht mehr zu Schnupperrufen auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Daraus wird nicht allein durch die Teuerung in Deutschland noch mehr Not und Elend erwachsen, sondern wir werden auch sehr bald eine Arrie haben, und ich hätte deshalb erwartet, daß die Regierung in Voraussicht der Dinge Mittel in den Etat eingelegt hätte, um der großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen und Maßnahmen zu ergreifen, die dazu geeignet sind, die Heranzüehler von Hunderttausenden von Arbeitern aus dem Produktionsprozess zu verhindern.

Ich bin mir klar, daß nicht allein durch Erhebung von Steuern in den Etat diese Frage gelöst werden kann, sondern daß dies nur möglich ist durch die

Erlassung der Sachwerte in Verbindung mit einer Kontrolle der Produktion und der Preise durch die Arbeiter.

Auf diese Weise werden wir in Deutschland billiger erzeugen, das arbeitende Volk vor Auswucherung schützen und die Finanzen wieder festigen können.

Der Redner der SPD, Herr Heilmann, hat gestern seine große Genugtuung darüber ausgesprochen, daß

das inoffizielle Einverständnis im Reichstage

zurandegekommen ist. Dieses Einverständnis enthält alles andere, nur kein „Sachwertes Opfer“ der Reichenden! Reichender wir nicht, das dieses Einverständnis enthält ist doch, daß man die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer den Reichenden geschenkt hat, und daß auf der anderen Seite die Steuern auf den Verbrauch merklich in die Höhe gehoben wurden. Damit sind die Vermögenssteuern für eine weitere Teuerung, zugleich zu einem weiteren Vordringen der heutigen Wirtschaft geeignet. Wenn man unter diesen Umständen etwas mehr, das ein Fortschritt ein Erfolg ergibt werden ist gegenüber den Substrategie, dann werden das die Arbeiter nicht. Aber seien Sie versichert, meine Herren von der Sozialdemokratie, wir werden die Politik der zehn Punkte, die die Sozialdemokraten in den letzten Jahren ausgesprochen haben, mit aller Energie fortsetzen und dadurch die Arbeitermassen um das ihnen zum raschigsten Lohn gegen das kapitalistische Weltwunder und die Schwerkriegsregierung! Wir können diesen Kampf um die Bekämpfung der 10 Punkte nicht ohne Erfolg führen, wenn die Oppositionen über die Reichenden stehen, die gegen uns sind, die wir nicht ablehnen können, sondern nur mit uns, weil wir wissen, daß in dem Moment, wo unter dem Druck des Sozialkriegs die Arbeitermassen der Schwerkriegsregierung gegenüber stehen, auch der

Kampf um die Fälligkeit des Sozialkriegs beginnt. Der Kampf dieser wird die Erhebung der Sachwertes durch die Kapitalisten verhindern können. Das aber ist für Sie, meine Herren Sozialdemokraten, der wichtigste Kampf, den Sie führen müssen, und das ist die Bekämpfung der Schwerkriegsregierung. Aber Sie sind versichert, wir führen den Kampf um die Fälligkeit, die Sie jetzt aufgestellt haben, mit aller Energie fort bis zum letzten Atemzug! (Hört, hört! b. d. Komm.)

Der Finanzminister Dr. v. Richter begründet darauf die Schenkungspolitik, zu der wegen mehr Steuer das Reich

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Bauarbeiter-Internationale.

Die Bauarbeiter-Internationale ist im wesentlichen eine Berufs-Internationale. Obwohl es angeschlossene Länder gibt, wie die Schweiz, die in ihrer Organisation alle Bauberufe umfassen. Die heutige Bauarbeiter-Internationale umfaßt rund 808 000 Mitglieder.

Neben der Bauarbeiter-Internationale bestehen noch die Internationale der Steinarbeiter mit rund 168 000, die Internationale der Maler mit rund 84 000, die Internationale der Köpfer mit rund 20 000 und die der Zimmerer mit rund 98 000 Mitgliedern. Demnach würde eine Industrieinternationale rund 1 185 000 Mitglieder umfassen. Aufgabe der im Frühjahr stattfindenden Internationalen Berufskonferenz wird es sein, mit diesen Berufsgruppen-Internationalen aufzuräumen und für das Baugewerbe eine Industrie-Internationale zu schaffen, wie das bereits am 9. August 1921 in Wien in der Besonderen Industrie geschehen ist. Und unsere Aufgabe ist es, diese Internationale dann zur Kampfinternationale auszubauen.

Bisher waren die Internationalen Berufssekretäre nur als Internationale Berufs-Briefkasten tätig. Aber auch diese Aufgabe konnten sie nicht einmal lösen, wie der französische Kollege Le Pen in Wregenz feststellen mußte.

Der Ausbau unserer Internationale zu einer revolutionären Kampfinternationale steht natürlich voran, daß in den einzelnen Ländern wirkliche Kampforganisationen vorhanden sind. Zwar haben wir in Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Frankreich, Italien und der Schweiz Organisationen, die entweder geschloffen oder in ihrer übertriebenen Mehrheit auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen. Aber Rußland und Polen gehören der U.S. nicht an, Frankreich, Tschechoslowakei und Schweiz machen nicht die Mehrheit aus. Der Vertreter des Italienischen Bauarbeiterverbandes war bisher in seinen Entscheidungen nicht konsequent, so daß auf ihn kein Verlaß ist. Dasselbe trifft für Duzburg zu. Deutschland, als führende Organisation, steht auf einem sozialrevolutionären Boden. Daran schließen sich alle germanischen Länder, wie Österreich, Belgien und Skandinavien an.

Der Deutsche Bauarbeiterverband geht sogar so weit, daß er auspricht, daß die alten gewerkschaftlichen Kampfmittel über Bord geworfen werden müssen und an deren Stelle neue zu treten haben. Als neues Kampfmittel empfiehlt er die Selbsthilfe der Organisation zur Arbeitsbeschaffung und gründet deshalb sogenannte sozialistische Bauernschaften. (Also, theoretisch eine vollständige Freigabe des Kampfes überhaupt.)

Neben der wichtigsten Aufgabe: Führung internationaler und zentraler Unternehmung nationaler Kämpfe, hat die U.S. natürlich auch noch andere Aufgaben zu lösen. So ist die Frage der Emigration von ihr zu klären. Die Emigrationsfrage darf nicht wie in der Vorkriegszeit behandelt werden, daß man versucht, die einmal bestehende Emigration zu beeinflussen, d. h. daß man nur versucht, die unerwünschte Emigration, die man wohl hinnehmen muß, aber doch als lästig empfand, unter den Einfluß der Organisation zu bekommen. Die Frage der Emigration hat, durch den Weltkrieg herbeigeführt, eine große internationale Bedeutung bekommen. Das revolutionäre Bauproletariat kann und darf nicht zulassen, daß unsere Arbeitsbrüder durch die nationalen oder internationalen Arbeitsämter an den internationalen Kapitalismus verschachtet werden. Dabei ist charakteristisch, daß sich die derzeitige U.S. (repräsentiert von Baeplov-Kleper) nur für den Aufbau der kapitalistischen Länder interessiert und die Emigration nur nach kapitalistischen Ländern lenkt. Von dem Aufbau Sowjetrußlands und der Führung qualifizierter Arbeitskräfte will sie nichts wissen, während das revolutionäre Proletariat dieser Sowjetrußland als das kapitalistische Frankreich aufbauen helfen will. Es war deshalb unsere Aufgabe, zu versuchen, in der Emigrationsfrage Einfluß zu gewinnen, damit diese vom internationalen Gesichtspunkte aus bewertet und behandelt wurde. Als wir Kenntnis erhielten von der Lagung in Innsbruck, die sich mit der Frage der Emigration italienischer Arbeitskräfte nach Deutschland, Frankreich und der Schweiz beschäftigten sollte, war es natürlich unsere Pflicht, uns auf der Konferenz einzufinden. Baeplov aber wies den Vertretern des revolutionären Proletariats die Tür und drohte mit dem Hinauswerfen durch die Polizei. Infolge des Verhaltens Baeplovs konnte die Innsbrucker Konferenz ihre Aufgabe nicht erfüllen und fand nur in Wregenz am 14. Dezember 1921 ihre Fortsetzung. Aber der „junge Mann“ Baeplov, Kleper, zeigte, daß er noch päpstlicher sein konnte als der Papst.

Aus den speziellen Veröffentlichungen über die Wregenger Konferenz ist 1. das Verhalten Klepers, als Vertreter der U.S. ersichtlich, 2. zeigt uns die Wregenger Konferenz, wie dringend notwendig es ist, die U.S. zu erobern und daß wir alles daran setzen müssen, die noch nicht der U.S. angeschlossenen Organisationen zu veranlassen, sich der U.S. anzuschließen, um damit eine Bauarbeiter-Internationale zu schaffen, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht. O k o B a c h m a n n.

*) Weitere Darlegungen: siehe Broschüre „Revolutionierung der Sozialen Deutschen Bauarbeiter-Verbandes“. Zu beziehen durch Bruno Graupner, Chemnitz, Hauptstr. 2.

Sattler- und Tapezierer-Fabrikanten als Scharfmacher.

Ein günstiger Zufall gibt der hiesigen Ortsverwaltung des Sattler- und Tapezierer-Verbandes Kenntnis von folgendem Schriftstück:

„Streng vertraulich!“
An sämtliche Mitglieder der Vereinigung Sattlerischer Leder- und Sattlerwarenfabrikanten.

Zu unserer letzten Sitzung wurde anschließend an die Tarifverhandlungen in Eisenach folgendes beschlossen: Jede Forderung der Arbeitnehmer, die über den augenblicklichen in Geltung befindlichen Tarif hinausgeht, ist unbedingt abzulehnen mit dem Hinweis (auf Antrag) auf die Mitte Februar stattfindenden Verhandlungen, die den Lohn regeln werden. Sollte bei irgendeinem Betrieb ein Streit ausbrechen, so ist dies sofort unserem Schriftführer, Herrn Emil Steinbeck, Breslau 1, Rauschstr. 8/9, mitzuteilen, indem ist beschlossen worden, daß alle Firmen als einem solidarisches (?) mit Unterstützung vorzugehen haben; es ist eine Konventionalkasse von 1000 Mark pro beschäftigten Arbeiter für jeden Betrieb, der sich diesem Borgehen nicht anschließt, festgesetzt. Außerdem haben zumübernehmende Mitglieder den sofortigen Ausschluss zu gewährleisten. Nur auf diese Weise können wir verhindern, daß der einzelne Betrieb seitens der Arbeiterklasse terrorisiert wird.

Geschäftsbüro
(Unterstützt unleserlich.)

Die Unternehmer sollen in Zukunft sich nicht erlauben, über Terror der Arbeiter gegen Arbeitswille zu gehen. Sie geben den Arbeitern ein Beispiel.

Diese Sattler- und Tapezierer sind aber auf den breiten Boden sehr mit Arbeitern und ihren Familien angezogen. Es ist nicht möglich, daß die Arbeiter die „solidarischen“ Meister darauf ansetzen müssen, daß auch ihre Geschäfte leben müssen.

Genosse!

Hast Du schon einen Anteil zur
Produktion-Genossenschaft gezeichnet?

Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft in Preußen-Deutschland. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Nach diesen Tatsachen aus dem Etat kommt es mir irrtümlich vor, wenn ich Herr Dr. Birch das Gleiche sagen höre: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Dieser Friede auf Erden, diese Politik der Versöhnung ist durch die Diktatur im Mitteldeutschland gekennzeichnet. (Sehr richtig! bei den Komm.) Der Herr Minister Severing hat sich da mit einer Schande bedeckt, die unanschaulich ist. (Sehr richtig! bei den Komm.) 14. Lotz und 31. Bernwardt, dazu 2. Bernwardt hat allein seine Regierung in Mitteldeutschland gelöst. Ungerechtheit die vielen Schandtatzen, die die Sivo in Mitteldeutschland begangen hat.

Damit ist das System Severing eigentlich schon gekennzeichnet.

Hg. Heilmann, Berlin: Und wir nicht es mit den Fehlern der kommunistischen Partei bei der Wähleraktion?

Hier Kollege Heilmann, wir haben Fehler begangen, aber ich glaube wohl, nicht nötig zu haben, aus der bekannten grünen Broschüre zu zitieren, in der Herr Severing seine Schuld bekannt hat. Wenn wir einen Fehler begangen haben, so war es in erster Reihe der, daß wir uns von den Fehlschreitenden Döring und Seberich haben provozieren lassen.

Dieser Etat des Ministeriums des Innern enthält weiterhin noch einige Posten, auf die ich zu sprechen kommen muß. Sie sehen eine Posten, die 900 000 Mark für das Staatsministerium für „Sicherheit und Ordnung“ warzt, das von der Partei des bekannten Herrn Heilmann geleitet wird. Weiterhin finden wir in den Etat des Ministeriums des Innern die Ersetzung eines Postens von 300 000 Mark auf

ein Risiko für das Spitzelwesen.

Dieser Posten ist eine Schmach und eine Schande für dieses Haus, für die Demokratie, unter der wir angeblich in Deutschland leben. Ich erinnere an das Unglück, das durch die Förderung des Spitzelwesens, dessen sich Herr Heilmann und die sozialdemokratischen Minister bedienen, schon angebracht worden ist. Großartig sind zwei weitere Freunde in Mitteldeutschland auf Grund von den Spitzeln frei erlindeten Demagogen verhaftet worden. Unter Genosse Bierbrecht mußte monatlich und der Genosse Richter mehrere Wochen auf diese Weise unzulässig im Gefängnis sitzen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Herr Severing hat sich heute auch damit getraut, daß er unparader Elemente, die nicht Dämonen hätten wollen, aus der Spitzelwelt ausschleusen.

Ich möchte hier feststellen, daß wir konsequent in Halle einen Spitzel namens Richter haben, der schon in dem Kampf gegen unseren Kollegen Richter eine sehr fröhliche und heftige Rolle gespielt hat. Dieser Spitzel ist das Herz des Spitzelwesens, das bei den kommunistischen Parteimitgliedern genügt, nicht nur bei den sozialdemokratischen Parteimitgliedern, sondern auch bei den sozialdemokratischen Parteimitgliedern. Dieser Spitzel ist ein gefährliches Werkzeug, das die sozialdemokratischen Parteimitglieder, die bewachen, daß der Herr Severing gegen die kommunistischen Parteimitglieder nichts ist und die sozialdemokratische Partei nicht in der Lage ist, die Hand hat. Ich meine, nach dem letzten Posten des Etat des Ministeriums des Innern Partei Veranlassung schwer, nämlich mit dem Spitzelwesen zusammenhängend, der tatsächlich in unzulässiger Weise das Werk des Herrschaftsbruchs ist.

Aber die Justiz braucht von heute nicht mehr viele Worte zu verlieren. Nachdem das Reichsgericht in Gera sich zu den Geheimnissen der Sozialdemokratischen Parteimitglieder geäußert